

# KONGRESSDIENST

Hamburg  
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

September 1961  
NUMMER 7

**Die** militärisch und politisch zugespitzte Situation in Berlin zeigt wie in einem Spiegel die gesamte Lage Deutschlands.

Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen mit aller Deutlichkeit zu welcher Bedrohung des Friedens die Politik der Stärke und des Nicht-Miteinander-Sprechens führen muß.

In dieser Situation kommt es mehr denn je darauf an, daß die Wähler in der Bundesrepublik sich von der Scharfmacherei in Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht verwirren lassen und ihre Stimme nur solchen Kandidaten geben, die bereit sind, sich konsequent einzusetzen

- gegen die Politik der Stärke,
- für internationale und innerdeutsche Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Normalisierung der Verhältnisse in Berlin,
- für eine Neutralisierung Deutschlands nach österreichischem Vorbild,
- für den Verzicht auf Atomwaffen,
- für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa,
- für eine umfassende kontrollierte Abrüstung,
- für Entspannung und Frieden

# Laßt endlich Taten sehen!

So stand auf einem Transparent zu lesen, das sich wenige Tage nach Schließung der Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin auf einer Kundgebung mit Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus befand. Diese Taten, die da in kategorischer Form vor dem Schöneberger Rathaus in Wort und Schrift von den Westmächten gefordert wurden, sollten Taten des heißen Krieges sein.

Die Verantwortung für solch irrsinnige Forderungen trifft aber nicht den Transparentträger, sie trifft vielmehr die Lenker der bundesrepublikanischen Politik, die mit der ständig sich steigenden Rüstung, mit der Ablehnung jeglicher Verhandlungen, mit der Verkettung

und Unterstützung, sie war überhaupt nur dadurch möglich. Gab es schon in der Vergangenheit in Washington, London und Paris warnende Stimmen, so vermehrt sich in letzter Zeit in auffallendem Maße bei unseren NATO-Partnern die Zahl derjenigen, die wie der Zauberlehrling ausrufen:

Herr, die Not ist groß!  
Die ich rief, die Geister  
werd' ich nun nicht los.

Bei den Westmächten will man diese scharfmacherischen Geister aber heute offenbar loswerden, denn man weiß in den westlichen Hauptstädten (außer in Bonn), daß es gleichbedeutend mit der selbstmörderischen Auslösung des eigenen Untergangs wäre, dem Ruf dieser Geister zu folgen.

Darum betonen auch die Westmächte in ihren Antwortnoten an Moskau von Ende Juli ihre Verhandlungsbereitschaft, während die Bonner Antwort jeden Verhandlungswillen vermissen läßt. Darum gibt es selbst in der Fernsehansprache Kennedys vom 25. Juli, wo so viel die Rede vom möglichen Krieg und neuen Rüstungsanstrengungen ist, doch immerhin Passagen, wo von der Notwendigkeit, Verhandlungen über Deutschland in Gang zu bringen, gesprochen wird.

Der im allgemeinen gut informierte amerikanische Publizist James Reston schreibt am 28. Juli in der New York Times: „Unsere Regierung ist darauf eingestellt zu verhandeln. Über die Ostgrenze Deutschlands kann verhandelt werden, ebenso über die Stärke der Streitkräfte in Berlin, über ganz Deutschland und Osteuropa. Über einen Nichtangriffspakt kann verhandelt werden und unter gewissen Umständen auch über ein atomwaffenfreies Deutschland.“ (Zitiert nach „Neue Politik“ vom 5. August.)

Und der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, Ful-

bright, hat nach einem Bericht der „Welt“ vom 2. August in einem Fernsehinterview erklärt: „Der Senator wies die Auffassung zurück, daß alle Verhandlungen mit dem Osten auf eine Beschwichtigungspolitik hinauslaufen und sagte: ‚Ich bin für Verhandlungen und Diskussionen und nicht für Ultimativen und Kraftproben.‘“

Zu gleicher Zeit aber ruft man in Bonn und West-Berlin nach Taten des kalten und des heißen Krieges. Schlägt man eine westdeutsche Zeitung auf, schaltet man einen westdeutschen Sender ein, dann kann man sich zurückversetzt fühlen in die bis ins Unerträgliche gespannte Atmosphäre des Dritten Reichs während der Sudeten-Krise von 1938 und der Polen-Krise des Jahres 1939. Ja, es ist richtig, wir wollen endlich Taten sehen, Taten, die unsere Verhandlungsbereitschaft bekunden.

Ja, es ist richtig, daß wir eine neue Regierung brauchen, wie das ein im Rowohlt-Verlag erschienenen Taschenbuch proklamiert, über das Ernst v. Salomon an anderer Stelle dieses Blattes einen Kommentar schreibt. Aber diese neue Regierung, die wir brauchen, ist keineswegs die von den Autoren des Taschenbuchs herbeigesehnte Regierung Willy Brandt, die Regierung des kleineren Übels, denn dann kämen wir lediglich vom Regen in die Traufe.

Die neue Regierung, die wir brauchen, muß eine der gefährvollen Situationen Rechnung tragende Realpolitik betreiben, sie muß vor allen Dingen verhandlungsbereit sein, um zur innerdeutschen und zur internationalen Entspannung beizutragen. Sie muß sich bereit zeigen zum Verzicht auf Atomwaffen, zur Neutralisierung Deutschlands, zum Abbau des kalten Krieges, zur Beendigung der Politik der Stärke.

„Wie ihr wählt, so werdet ihr regiert!“, so heißt es in dem Wahlauftrag des DGB. Am 17. September hat jeder Wähler Gelegenheit, das Seine dazu zu tun, daß wir endlich die neue Regierung bekommen, die wir genau so dringend gebrauchen wie das tägliche Brot.

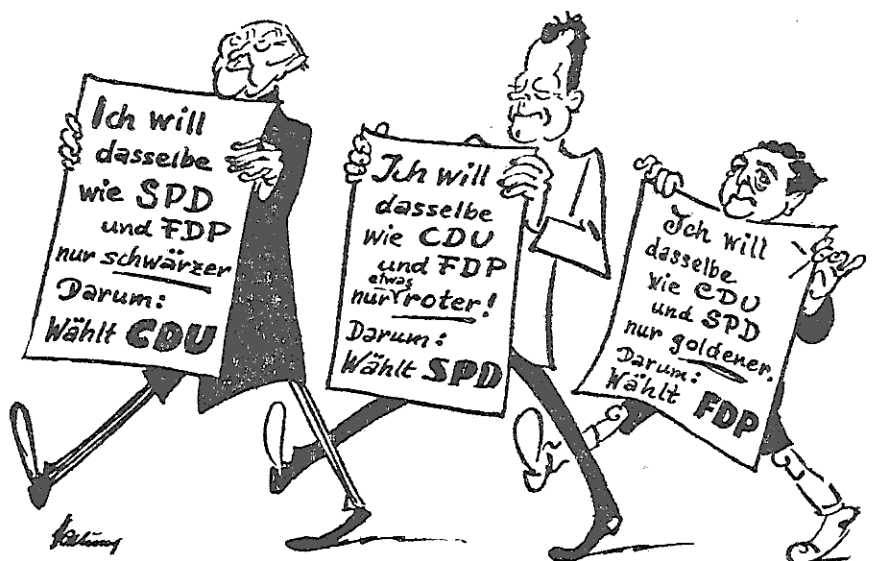
Aber wie düster ist die Zeit, in der wir leben. Der neue Präsident der USA versteht die Situation gar nicht. Er meint, mit sogenannter „Festigkeit“ etwas auszurichten, und gibt Sprüche von sich wie: „Die Verteidigung der USA beginnt in Berlin.“ Seit Sommer 1960 hat sich die Lage fort und fort verschlechtert. Es war ein großes Unglück, daß die Gipfelkonferenz nicht zustande kam. Die amerikanische Presse ist auch sehr antikommunistisch, als ob dies im Vordergrund des Interesses stünde. Was not tut, ist, sich über Verzicht auf Versuchsexplosionen und über Abrüsten in Nuklearwaffen auszusprechen, und dazu kommt es nicht. Wohin gehen wir?

Albert Schweitzer  
in einem Schreiben vom 3. Juli 1961  
an den Herausgeber der Münchener  
Zeitschrift „Das Gewissen“.

zung des Gegners, mit dem Gerede von den „Todfeinden“ im Osten, mit ihren Pseudo-Theorien über die Befreiungsmision der Bundesrepublik den akuten Spannungszustand innerhalb Deutschlands und Europas ständig verschärfen und die Spaltung unserer Heimat immer mehr vertiefen.

Trefflich heißt es zu diesem Tatbestand in einem Leserbrief von A. Schumann (Mainz) in der „Frankfurter Rundschau“ vom 17. Juli 1961: „An dem seit 1950 mehr und mehr erkennbaren unabänderlichen Willen der Bundesregierung, die Bundesrepublik Deutschland in ein westliches Militärbündnis zu bringen und diesem auch nicht um einer Wiedervereinigung willen zu entsagen, scheiterte bisher jeder Versuch einer Lösung der deutschen Frage.“

Diese Entwicklung in der Bundesrepublik im Verlauf der letzten 12 Jahre fand bei den Westmächten, insbesondere in den USA, wohlwollende Förde-



Schwarz-Rot-Gold

Zeichnung: Hartung in „Die Welt“

# Der große Umfall oder Gleichschaltung mit Tarnschleier

Der Sinneswandel der SPD in den Reden ihrer Führer

In der Entschließung des SPD-Parteitag-tages zu Stuttgart im Jahre 1958 heißt es eindeutig:

*„Der Parteitag verurteilt den Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 25. März 1958 über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten gefährdet die Sicherheit des deutschen Volkes und zerstört die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.“*

SPD-Vorsitzender Erich Ollenhauer bekräftigte diese Entschließung auf dem Parteitag mit den Worten:

*„Die Politik des atomaren Wettrüstens ist eine Politik der Sackgasse und der Ausweglosigkeit. Das ist das wirkliche Dilemma der Außenpolitik der Bundesregierung — der Politik der sogenannten Stärke überhaupt.“*

Und Willy Brandt ließ sich 1958 in Stuttgart vernehmen:

*„Jede Erweiterung des Atomklubs und die geplante atomare Bewaffnung im Bundesgebiet könnten neue Belastungen im Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands bringen.“*

Am 18. Januar 1959 sagte Ollenhauers Stellvertreter, Waldemar von Knoeringen in der Frankfurter Paulskirche:

*„Eine sozialdemokratische Partei, die aufgeben würde, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung in Deutschland zu führen, würde sich selbst aufgeben.“*

Schon wenige Monate später bereute wahrscheinlich Waldemar v. Knoeringen seine kategorische Erklärung, denn am 30. Juni 1960 verkündete sein Kollege im SPD-Parteivorstand, Herbert Wehner, im Bundestag eine Wende der SPD-Politik um hundertachtzig Grad. Wehner erklärte:

*„Die sozialdemokratische Partei geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nicht gefordert und beabsichtigt nicht, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Vertrags- und Bündnispflichten zu betreiben...“*

Verteidigungsminister Strauss hat jedoch niemals im unklaren gelassen, was diese „Vertrags- und Bündnispflichten“ bedeuten. So schreibt, um nur ein Beispiel zu nennen, das bekannte NATO-Dokument MC 70 vor, daß alle NATO-Truppen, einschließlich der Bundeswehr, „mit Trägern und Abschlußmitteln zur Beförderung von atomaren Sprengkörpern“ auszurüsten sind. Es kann für niemand — und ganz besonders nicht für den SPD-Parteivorstand — einen Zweifel darüber geben, daß die Bundeswehr mit diesen atoma-

ren Waffen in ständig steigendem Maße ausgerüstet wird.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man die Äußerungen des Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, beurteilen, wenn er am 6. November 1960 (nach einem Bericht der „Welt“ vom 7. November 1960) im Amerika-Haus in Nürnberg erklärte:

*„Die Deutschen“, meinte Erler, „sollen sich nicht nach einer nuklearen Bewaffnung drängen. Es genüge, wenn die Bundesrepublik das tue, was ihre Verbündeten von ihr fordern.“*

In klarem Deutsch heißt das, daß die SPD damit einverstanden ist, daß die Bundesrepublik Atomwaffen annehmen soll, wenn sie ihr von ihren

**Ernst von Salomon**

## Brauchen wir eine neue Regierung?

Hoppla, — was für eine Frage? Sie kann doch wohl nur an Millionen Wähler unserer Demokratie gerichtet sein, und mächtig müßte die Antwort schallen: Ja, Ja...! oder Nein! Nein!... und alles Weitere wäre von Übel.

Nun ist die Frage aber von Martin Walser an zwanzig deutsche Schriftsteller gerichtet, und im Vorvermerk zu dem von ihm im Rowohlt-Taschenbuch-Verlag herausgegebenen Taschenbuch „DIE ALTERNATIVE“ mit dem obigen Titel als Untertitel wird berichtet, daß der Gedanke zu diesem Buch auf einer Zusammenkunft von Schriftstellern entstand, von denen gesagt wird: „Niemand dort war sich einig, niemand hatte etwa ein politisches Programm...“

Dies und die Namen der in dem Taschenbuch vertretenen Autoren lassen die Vermutung zur Gewißheit werden, daß es sich hier um die sogenannte „Gruppe 47“ handelt, — jene Gruppe aufkeimender Talente, die sich im Vakuum der deutschen Literatur im Jahre 1947 anzusiedeln entschloß, — aber Axel Eggebrecht zum Beispiel schrieb schon seine glasklaren Artikel in der „Weltbühne“, als Erich Kubly noch so klein war, — und einiges Aufsehen erregte, als sie sich für eine Literatur „engagée“ engagierte, politisch „links“ — „... in der Tradition Frankreichs, das von Voltaire über Zola bis Jean Paul Sartre immer seine Männer der Feder auch als Gewissen der Nation wertete.“

Fein, wieder einmal von dieser Gruppe als Gruppe etwas zu hören und zu lesen, — boshafte Literaten, die ihr nicht angehören, sagten einmal, es handele sich hier um eine Reihe hochbegabter junger Leute, die alles Mögliche könnten, außer vielleicht schreiben... Nun, also schreiben können sie wirklich. Sie haben es offenbar fast alle zu Rang und Namen und Position gebracht, sie sind nicht nur aus der ge-

NATO-Verbündeten angeboten werden.

Der gleiche Ollenhauer, der noch im Jahre 1958 „das gesamte deutsche Volk, ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei“ aufgerufen hatte, sich der „lebensbedrohenden Atomrüstung zu widersetzen“, wagte im Dezember 1960 bei einer Fernseh-Diskussion, auf die Frage des Gesprächsleiters Wessel, ob die SPD für oder gegen Atomwaffen sei, keine andere Antwort zu geben als: „... Es bleibt für uns selbstverständlich die Anerkennung aller Verpflichtungen aus den Sicherheitsverträgen, die wir abgeschlossen haben.“

Hämisch faßte Kurt Wessel die gewundenen Erklärungen von Ollenhauer und Erler zum Schluß des Fernsehgesprächs mit folgenden Worten zusammen: „Das wäre also das bedingte Ja nach Maßgabe der Verhältnisse.“ Richtig hätte er sagen müssen — und das ist auch die Meinung aller Atomwaffengegner: Die SPD bejaht die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, ihr Ja ist lediglich durch einen Tarnschleier leicht verhüllt.

genwärtigen deutschen Literatur nicht wegzudenken, sie haben wirklich ein 1947 bedenkliches Vakuum ausgefüllt. Und ihre zwanzig Beiträge zeugen davon, daß offenbar zu der von ihnen gepflegten Art des Geistes auch eine von mir persönlich besonders geschätzte gehört, der Corpsgeist nämlich.

Was sie schreiben, ist auf eine verblüffende Art einheitlich, sie sagen alle das gleiche auf eine temperiert ungleiche Weise gewiß, also sicher nicht „kommandiert“, was in Fragen des Corpsgeistes leicht zu verdächtig ist, — nein, sie schreiben kultiviert und gewissenhaft jeder seine Meinung, nur daß diese Meinung ziemlich identisch ist mit der Meinung aller zwanzig. Und das Sonderbare ist, sie antworten auf die Frage „Brauchen wir eine neue Regierung?“ eben nicht wie im Chor Millionen Wähler mit einem begeisterten Ja, Ja...! oder Nein, Nein...!, sondern sie untersuchen mit rührender Akribie „Die Alternative“ und hinterlassen beim Leser den niederschmetternden Eindruck, daß ihre Alternative gar keine Alternative ist.

Nun fallen Schriftsteller, ob engagiert oder nicht, ja nach unserem Wahlsystem jedenfalls mit ihren Stimmen keineswegs irgendwie ins Gewicht. Das System unserer bundesrepublikanischen Demokratie kennt für jede Sparte des Berufs, des Standes, der Klasse, eine parteiliche Heimstatt, einzig der Schriftsteller hat keine, die sich mit einigem Erfolg zum Beispiel für die Abschaffung der idiotischen Umsatzsteuer für freie Schriftsteller einsetzen kann, seine Stimme als Wahlstimme ist ohne jede Bedeutung, — bleibt also die Stimme, die er erheben kann, um andere Leute, seine Leser, als Wähler zu beeinflussen. Und hier fängt die so einhellige Auffassung von einer Alternative, die in der Äußerung der Schriftsteller deutlich wird, an, ziemlich bedenklich zu stimmen.

Wohlgemerkt, es ist ein Genuß, jeden einzelnen Beitrag zu lesen. Was Günter Grass zum Beispiel schreibt, ist gar köstlich, ein kleines Meisterstück überlegener Ironie, von bissigster Komik in seiner verbindlichen Unverbindlichkeit. Aber auch die anderen —, man liest das Bändchen wirklich, — wie Martin Walser in seinem Vorwort andeutet, — wie einen Kriminalroman, mit der Spannung etwa, was kommt da noch an herzerfrischenden Überraschungen zu Tage. Hier wird kein Blatt vor den Mund genommen, munter wird aufgespießt, was an Widerwärtigkeiten und Absonderlichkeiten sich in unserer Demokratie angesiedelt hat, da wird nichts ausgelassen, da wird, — man muß schon unter den heutigen Umständen sagen: mit ungewöhnlichem Mut — frei und unmißverständlich ausgesprochen, was mittlerweile zu brennender Sorge geworden ist. Und es ist auch nicht so, daß die Frage: „Brauchen wir eine neue Regierung?“ etwa nicht mit einem klaren Ja! beantwortet wird, — nur, es ist vollkommen unklar, ob die neue Regierung, von der da geredet wird, wirklich eine neue Regierung ist.

Hier befragt, und es ist diese Frage ja in der Frage beschlossen, — breitet sich bei allen Befragten eine starke, eine unzweideutige Verlegenheit aus. Jeder einzelne von den Zwanzig nimmt, von sich aus, wie zu bezweifeln kein Anlaß besteht, hierzu seine „Stellung“ ein. Es ist stets die gleiche Stellung. Und, sonderbar, die Verlegenheit der Meinung scheint sich besonders im Stil auszudrücken. Was bislang mit Verve und sprachlich präziser Diktion vorgetragen wird, — plötzlich wird es verschwommen, auch sprachlich unklar, konventionell, konformistisch-unkonformistisch sozusagen. Da taucht das „kleinere Übel“ auf, das „Ja, aber...“ das „Wenn auch... dennoch...“ — der Kriminalroman hat schließlich eben doch keine überraschende Pointe.

Schade, schade! Sie alle sind sich einig, daß die Alternative darin besteht, die SPD zu wählen. Aber sie sind sich alle auch darüber einig, daß die SPD eben doch nicht die richtige Partei ist. Und dennoch! Alle sehen den unsagbar törichten Weg, den diese Partei eingeschlagen hat, sehen klar, welche Werte diese Partei gegen gängige Unwerte stets einzutauschen bereit war, wissen, daß hier stets Taktik siegte über Gewissen, Kompromiß über Tradition, haben erfahren müssen, wie unglaublich leichtfertig um der Parteimatematik willen die Gläubigkeit der Wähler, das schlichte, anständige Bekenntnis der Arbeiter zu „ihrer“ Partei, als nichts gewertet wird denn als Kalkül, das bedenkenlos über Bord geworfen wird, wer und was auch immer im Augenblick wahltaktisch im Wege steht... Und dennoch! Wählt zähneknirschend, aber wählt SPD und diesen unsäglichen Willy Brandt!

Der eigentliche Begründer der „Gruppe 47“, Hans Werner Richter, hat seinem Beitrag den Titel „Von links in die Mitte“ gegeben. Wirklich waren von boshaften Literaten, die der Gruppe nicht angehören, diese Männer immer „als frei im Raum schwebende Linke“ angesehen worden. Soll der Titel Richters andeuten, daß diese Gruppe nun tatsächlich den Weg von der Linken in die Mitte einschlägt, um sich dort zu „engagieren“?

Betrachten wir einmal die heutige Lage, fünfzehn Jahre nach dem völligen tabula rasa des Hitler'schen Zusammenbruchs. Wir haben uns eine Demokratie schenken lassen, deren Parlament den Verdacht erweckt, aus lauter Berufsparlamentarier zu bestehen, deren Parteien außer der SPD und der KPD sich schnell und dauerhaft auf eine „rechte“ Politik einigte, und alle miteinander ein Grundgesetz anerkannten, welches sofort zu ändern, das offen ausgesprochene Bestreben der Regierungsparteien ist, welche ja einzig zu diesem Zweck eine verfassungsmäßig geforderte Zwei-Drittel-Mehrheit anstreben. Dabei hat das Grundgesetz genügt, eine Partei zu verbieten, die KPD, die am Zustandekommen eben dieses Grundgesetzes fleißig und ehrlich mitgearbeitet hat, also ebenfalls als Gesetzgeber die sonderbare Möglichkeit dazu schuf.

Die SPD hat sich von ihrem Grundsatzzprogramm, von dem Gesetz, nach dem sie angetreten, losgesagt, sie hat alles, was nach linker Opposition roch, aus ihren Reihen ausgeschaltet, sie ist eindeutig eine Partei der Rechten geworden, wenn diese Unterscheidung zwischen rechts und links überhaupt noch einen Sinn haben kann. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Regierung und ihres Systems ist in unserem Parlament keine Partei mehr vertreten, die sich als links zu bezeichnen das Recht hat, keine Partei mehr einer „linken“ Opposition, — im Augenblick, da in der Welt die gute Hälfte ihre ökonomische Form im Sozialismus sucht, gibt es im bundesdeutschen Parlament keinen einzigen Abgeordneten, der sich zum Sozialismus zu bekennen wagt, in eben jenem Lande, in welchem die Idee des Sozialismus zuerst diskutiert und in die Form einer Lehre gebracht wurde, in dem die Sozialdemokratische Partei die bestorganisierte, die größte, die stärkste Partei unter dem Banner des Sozialismus gewesen ist. Es gibt in unserer Demokratie keine „Linke“ mehr, es gibt nicht nur keine linke Opposition, es gibt überhaupt keine Oppositionspartei mehr.

Doch, es gibt eine. Hans Werner Richter ist der einzige unter den Zwanzig, der sich mehr als beiläufig, und doch beiläufig genug mit dieser Opposition befaßt, mit der „Deutschen Friedens-Union“, der DFU. Er schreibt:

„Was ist, wenn die ‚Deutsche Friedens-Union‘ etwa vier Prozent der unzufriedenen SPD-Wähler auf sich vereint? Rückt dann nicht die Zweidrittelmehrheit der CDU und ihrer Satellitenparteien in greifbare Nähe? Und was ist, wenn diese Deutsche Friedens-Union über fünf Prozent bekommt und in den Bundestag einzieht? Nun, man wird nicht zögern, sie zu verbieten, und auch dann kann eine Zweidrittelmehrheit plötzlich gegeben sein. Ulbricht könnte sich dann die Hände reiben. Hat er nicht immer in der Weltöffentlichkeit vor einer solchen Entwicklung in der Bundesrepublik gewarnt?“

Zu diesem Punkt schreibt Erich Kuby: „Nach dem Wandel der SPD schwimmen heute freie Stimmen links von dieser Partei herum. Dort fischt zur großen Freude der CDU/CSU die Deutsche Friedens-Union herum, die zwar auf keinen Fall eine Verstärkung der Opposition bedeuten wird, aber auf jeden Fall eine Schwächung.“



Dieses düstere Plakat mit dem Text: „Wir brauchen hier keine deutschen Truppen“ wurde von Demonstranten getragen, als Verteidigungsminister Strauß in London eintrat, um dort Gespräche über westdeutsche Einrichtungen für Truppenausbildung in Großbritannien zu führen.

Zwei so klarsichtige Männer unter den Zwanzig — aber die anderen sicherlich der gleichen Meinung, — argumentieren also munter genau so, wie sie es den herrschenden, wie sie es den zur Herrschaft drängenden Parteien so übel nehmen. Sie argumentieren mit Wahlarithmetik. Sie starren ebenso unglücklich auf jene fatale Zweidrittelmehrheit, wie die Parteien alle, außer der „Deutschen Friedens-Union“. Dieser ist es völlig klar, daß sie — mit oder ohne fünf Prozent — nicht zur Regierung kommt, sei es welche auch immer. Es ist auch gar nicht ihre Aufgabe, danach zu streben, sie ist eine Oppositionspartei, in welcher sich alle Stimmen sammeln sollen, die bei der jetzigen Konstruktion des Parlaments überhaupt keine Bleibe in ihm haben. Sie ist rundherum nichts als eine Oppositionspartei, weil eben sonst keine Opposition im Parlament mehr gewährleistet ist. Ganz zweifelsfrei aber ist sie die einzige Partei, welche nichts anderes im Sinne hat, als eben jene Argumente zu Gehör zu bringen, welche die zwanzig Schriftsteller so freimütig gegen die herrschenden Zustände in unserer Demokratie in ihren Beiträgen ausgebreitet haben, — die SPD, welche schließlich und endlich als „Alternative“ die Zwanzig zu wählen empfehlen, hat eben ihre Mitglieder, welche so munter wie die Zwanzig ihrer Opposition gegen die Zustände unserer Demokratie Ausdruck gegeben haben, kurzerhand ausgeschlossen.

Es gibt auch im kleinen politischen Leben der demokratischen Wahlverschiebung historische Momente, — und eben um eines solchen historischen Momentes willen haben ja die Zwanzig ihre Stimme erhoben, — in denen es notwendig ist, grundsätzlich zu sagen, daß man Opposition ist, und nicht zu versuchen, diese Einstellung mit Argumenten des taktischen Erfolges zu diskreditieren.

Brauchen wir eine neue Regierung? Wir werden sie kriegen und sie wird nicht anders sein wie die jetzige. Was wir wirklich brauchen ist eine neue Opposition! (Aus: Deutsche Woche, München)

E. H. S. Burhop

## Wie steht es bei den Genfer Verhandlungen?

Der bekannte britische Physiker Prof. E. H. S. Burhop veröffentlichte im Juni in der Zeitschrift "Scientific World" (Die Welt der Wissenschaft) eine zusammenfassende Darlegung über den Stand der Genfer Dreimächte-Verhandlungen zur Einstellung der Atomwaffenversuche, von denen gesagt wird, sie seien an einem toten Punkt angelangt.

Da sich seit Juni ds. Js. an dem Verhandlungsstand nichts Wesentliches geändert hat, glauben wir, daß es für unsere Leser interessant sein wird, von berufener Seite eine Analyse der Genfer Dreimächte-Konferenz zur Kenntnis zu nehmen.

Die Verhandlungen wurden am 21. März wieder aufgenommen. Die Haltung der neuen amerikanischen Regierung wurde mit großem Interesse erwartet. Bei der ersten und den folgenden Sitzungen wurden von den westlichen Delegationen neue Vorschläge unterbreitet, die dem sowjetischen Standpunkt über einige offenstehende strittige Punkte etwas entgegenkamen. Der wichtigste dieser neuen Vorschläge betraf die Zusammensetzung der Kontrollkommission, der obersten Behörde zur Kontrolle der Einstellung der Versuche.

Vorher hatten die Westmächte eine Kommission aus sieben Mitgliedern vorgeschlagen, drei aus dem Westen, zwei von der Sowjetunion und zwei Neutrale. Sie stimmten nun der Gleichheit zwischen Ost und West zu, die die Sowjetunion stets verlangt hatte. Die Westmächte schlagen jetzt eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern vor, vier vom westlichen Bündnis, vier von der Sowjetunion und ihren Verbündeten und drei von neutralen Ländern.

Andere Veränderungen in der westlichen Haltung betrafen die nachstehenden Punkte:

### 1. Moratorium und Forschungsprogramm.

Die Dauer des seismischen (erdbebenkundlichen) Forschungsprogramms sollte von zwei auf drei Jahre ausgedehnt werden. Das Moratorium für kleine Versuche, welches das Forschungsprogramm begleiten soll, sollte mit der Unterzeichnung des Vertrages in Kraft treten. Die Sowjetunion ist für ein viel längeres Moratorium und hat in Wirklichkeit den Wunsch, daß selbst die kleinsten Versuche nie wieder aufgenommen werden.

### 2. Sicherheitsmaßnahmen

Die früher von der Sowjetunion vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen würden angenommen werden. Ähnliche Sicherheitsmaßnahmen würden für jedes vereinbarte Versuchsprogramm zu friedlichen Zwecken Geltung haben. Der sowjetische Vertreter kritisierte die westlichen Vorschläge für die Ausdehnung des Forschungsprogramms zum Studium der Umgehungs- wie auch der Kontrollmethoden.

### 3. Die Zahl der Kontrollposten

Diese sollten auf sowjetischem Territorium von 21 auf 19 und auf dem Territorium der Vereinigten Staaten von 17 auf 16 vermindert werden. Die Sowjetunion stimmte nicht mehr als 15 Kontrollposten auf ihrem Territorium zu und behauptet, daß sich diese Zahl aus der Genfer wissenschaftlichen Konferenz aus dem Jahre 1958 ergeben würde.

### 4. Quote der vetofreien Inspektionen

Der Westen schlug jetzt je 20 Inspektionen auf den Territorien der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreiches vor. Vorher hatte er 20 solcher Inspektionen auf sowjetischem Territorium und insgesamt 20 Inspektionen auf amerikanischem und britischem Territorium vorgeschlagen. Die Sowjetunion hat drei Inspektionen im Jahr auf den Territorien von jedem der drei vorgeschlagen. Ende Mai machte der Westen einen Kompromißvorschlag und verringerte die vetofreien Inspektionen auf den Territorien jeder der drei Länder von 20 auf 12.

### 5. Finanzierung

Sie einigten sich, daß für das Budget Einstimmigkeit erforderlich ist.

### 6. Personal

Die Art und Weise, in der das eine Drittel des Kontrollpostenpersonals aus neutralen Ländern ausgewählt werden soll, müßte im Vertrag spezifiziert werden. Andererseits bestand der Westen weiterhin darauf, daß der Leiter jedes Kontrollpostens ein Staatsbürger der „anderen Seite“ sein müsse und daß die Inspektionsgruppen und das Flugpersonal für Sonderflüge zur Kontrolle der Radioaktivität keine Staatsbürger des zu inspizierenden Landes beinhalten dürfen. Die Sowjetunion verlangte die gleiche Zahl der Vertreter aus West und Ost bei allen solchen Inspektionen und Flügen.

### 7. Explosionen in großen Höhen

Der Westen würde die vom wissenschaftlichen Ausschuß im Juli 1959 unterbreiteten Empfehlungen einschließlich der Verwendung von Bodenstationen und Satelliten, die mit speziellen Instrumenten eingerichtet sind, annehmen.

Die größte Streitfrage ergab jedoch ein neuer sowjetischer Vorschlag, wonach der Administrator des Kontrollsystems durch einen dreigliedrigen Administrativrat ersetzt werden sollte, der jeweils die Sowjetunion, die Westmächte und neutrale Staaten vertritt. Der sowjetische Vertreter rechtfertigte diesen Vorschlag damit, daß im Lichte der Erfahrung der Behandlung der Kongosituation durch D. H a m m a r s k j ö l d eine Neufassung bestimmter übereingekommener Vertragsartikel erforderlich wird. In einem Interview mit Walter L i p p m a n n erläuterte C h r u s c h o w diesen neuen Vorschlag und führte aus, daß es neutrale Staaten, aber keine neutralen Menschen geben könne. Da die Staatsinteressen verschiedener Länder durch das Kontrollsystem der Versuche in lebenswichtiger Weise betroffen wären, halte er es für wichtig, daß jede Seite einen Vertreter im Administrativrat haben sollte, um ihre Interessen wahrzunehmen.

Der Westen wies diesen Vorschlag mit der Begründung zurück, daß er die Administration des Kontrollsystems unmöglich machen würde und daß ein bei allen solchen Inspektionen ausgesprochenes Veto daher das gesamte Kontrollsystem unwirksam machen könnte, da alle Handlungen des Administrativrates übereinstimmend unternommen werden müßten und der Administrativrat für die Durchführung der Testinspektionen verantwortlich sein würde. Der amerikanische Delegierte D e a n stellte kategorisch fest, daß der Vorschlag für einen Administrativrat völlig unannehmbar sei. In dieser Frage könnte es keinen Kompromiß geben und es würde keinen Vertrag geben, wenn die Sowjetunion auf dem Vorschlag bestehe.

Z a r a p k i n wies im Namen der Sowjetunion darauf hin, der amerikanischen und britische Delegierte hätten den Vorschlag nicht richtig verstanden. Er könnte unter keinen Umständen dazu führen, daß der Administrativrat durch ein Veto lahmgelegt wird. Der Administrativrat würde das Instrument der Kontrollkommission sein und in jeder Frage die Beschlüsse dieser Körperschaft auszuführen haben. Alle derartigen Beschlüsse würden im Rahmen der Verfahren und gemäß der im Vertrag auseinandergesetzten Prinzipien gefaßt werden.

In bezug auf die lebenswichtige Frage der Inspektion verdächtigter Vorgänge an Ort und Stelle, die Gegenstand vieler irreführender Pressekommentare war, erklärte er (5. April): „Die Entscheidung solcher Inspektionsgruppen wird nicht auf der Grundlage eines Beschlusses des Administrators oder des Administrativrates erfolgen, sondern auf Ersuchen der Seiten innerhalb der Jahresquoten und auf der Grundlage der Instrumentablesungen und Prinzipien, über die wir uns untereinander geeinigt haben werden.“

Die Entscheidung von Inspektionsgruppen an Ort und Stelle, die feststellen sollen, ob eine Nuklearexplosion erfolgt ist oder nicht, soll sofort in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Kontrollkommission durchgeführt werden und bedarf keiner Einigung der Vertragspartner innerhalb der Kontrollkommission selbst.“

Wenn der Administrativrat die Beschlüsse der Kontrollkommission erteilen könnte, führte Zarapkin aus, könnte das ein einzelner Administrator noch viel wirksamer tun, weil er keine Kollegen hätte, denen gegenüber er seine Handlungen rechtfertigen müßte. In seinem Interview mit Walter Lippmann gab Chruschtschow sehr klar zu verstehen, daß seine Opposition gegen einen einzelnen Administrator ebenso entschlossen sei wie der Deans gegen den Administrativrat. Es besteht daher derzeit eine Art toter Punkt in den Verhandlungen und man muß hoffen, daß weitere Diskussionen in Washington, Moskau und London zu einem konstruktiven Ausweg aus der Sackgasse führen.

In den letzten Diskussionen erhob ebenfalls der sowjetische Delegierte die Frage der französischen Sahara-Bombenversuche. Er wies darauf hin, daß der Westen durch seine Assoziierung mit Frankreich im NATO-Bündnis aus solchen Versuchen profitieren könnte, und daß alle weiteren Versuche Frankreichs zum Zusammenbruch der Verhandlungen führen könnten.

# Am 17. September wird gewählt

Der Wahlkampf zur Erneuerung des Bundestages nähert sich seinem Ende. Zahllose Appelle, Erklärungen, Wahlprogramme und sonstige Dokumente zur Wahl wurden in den letzten Tagen und Wochen von den Parteien und den einzelnen Bundestags-Kandidaten den Wählern ins Haus geschickt. Aber auch die parteipolitisch nicht gebundenen Organisationen und Verbände sowie zahlreiche Einzelpersonlichkeiten haben ihre Meinung zur Wahl kundgetan.

So veröffentlichte die wohl größte parteipolitisch ungebundene Organisation der Bundesrepublik, der Deutsche Gewerkschaftsbund, einen Aufruf zur Bundestagswahl, der sich an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten richtet. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Hunderttausende von Arbeitnehmern und ihre Angehörigen haben 1957 nicht gewählt. Das darf sich nicht wiederholen. Demokratie bedeutet Recht auf die freie Wahl der Vertreter des Volkes. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, verzichtet auf die Berücksichtigung seiner Meinung und verliert das Recht zur Kritik.“

Wählt nur solche Abgeordneten, die bewiesen haben, daß sie zuverlässige Demokraten sind und für eine fortschrittliche Sozialordnung eintreten.

Wesentliche Forderungen der Arbeiter wurden leider gar nicht oder nur unzureichend erfüllt. Der Einfluß anderer gesellschaftlicher Gruppen war zu stark. Daher bleibt noch viel zu tun, um unser demokratisches Gemeinwesen zu einem wahrhaft sozialen Rechtsstaat auszugestalten.

Von dem künftigen Bundestag erwarten die Gewerkschaften insbesondere, daß er durch eine nachdrückliche Politik zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit beiträgt, daß er sich für die Erhaltung des Friedens und für eine internationale, allgemeine, kontrollierte Abrüstung energisch einsetzt . . .“

Der DGB-Aufruf enthält dann noch eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Forderungen an den neuen Bundestag. Mit Bedauern muß jedoch festgestellt werden, daß in diesem Aufruf mit keinem Wort auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eingegangen wird, obwohl in zahlreichen Beschlüssen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen immer wieder auf die unser aller Leben bedrohende Gefahr hingewiesen wird.

## Die Freiheit der Wahl sichern!

In einem Schreiben, das sie an die Parteivorstände der CDU, der SPD, der FDP, der GdP, der DFU und der DRP gesandt haben, wenden sich 17 Juristen, Universitäts-Professoren und Studenten — unter ihnen Professor Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg, und Professor D. E. Wolf, Göttingen — dagegen, daß durch systematische Diffamierungen die Freiheit der Wahl bedroht wird. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Die persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen, die sich bis zum Rufmord steigenden Diffamierungen, insbesondere von Kandidaten und Politikern der Oppositionsparteien, haben ein Ausmaß erreicht, welches nicht mehr durch irgendwelche politischen Ziele der derzeitigen Regierungsparteien und anderen Parteien entschuldigt oder gar gerechtfertigt werden kann. Jüngst erfolgte Verhaftungen von auf

Listen bereits kandidierenden oder dazu ausersehenen Persönlichkeiten wegen angeblicher politischer Delikte, Störungen von Versammlungen, polizeiliche Vernehmungen, Haussuchungen und Beschlagnahme sollen überdies anscheinend die Wähler einschüchtern, wenn nicht die Opposition gegen die Regierungspolitik ganz unterdrücken.

Bei der leider oft zu beobachtenden Schwerfälligkeit und Langsamkeit der Justiz können unwahre Behauptungen, üble Nachreden usw. nur schwer bis zur Wahl rechtskräftig untersagt, widerlegt oder berichtigt werden.

Wir fordern daher alle Verantwortlichen auf, nur sachlich zu argumentieren und jede Beeinträchtigung oder Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere des Wahlrechts, zu unterlassen bzw. rückgängig zu machen.“

## Der Stimme der Vernunft Gehör schenken!

An alle Wähler richtet sich ein von 35 Professoren unterzeichneter Appell, bei der bevorstehenden Bundestagswahl nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich als konsequente Gegner jeglicher Atomwaffen-Politik erwiesen haben. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Die deutschen Wähler mögen bedenken, daß Atomwaffen auf deutschem Boden, gleich, unter welchem Befehl sie stehen, eine ständige Gefahr darstellen und das gräßlichste Verbrechen, das die Welt je erwarten könnte, geradezu heraufbeschwören.

Der deutsche Bürger muß einer solchen Möglichkeit durch eigenes Handeln nunmehr grundsätzlich den Boden entziehen, indem er sich bei seiner Wahl nur für solche Politiker entscheidet, die sich zur offenen und entschiedenen Gegnerschaft einer deutschen Atomrüstungs-Politik bekennen, die ferner bereit sind, auf eigene Atomwaffen zu verzichten und die eine Stationierung fremder Atomwaffen auf deutschem Boden nicht mehr dulden!

Im Bewußtsein unserer Verantwortung rufen wir unsere Mitbürger deshalb auf:

Seht nicht auf die Parteien und auf ihre taktischen Ankündigungen und Versprechungen abseits der Lebensfrage unseres Volkes! Seht auf den einzelnen Kandidaten, der euer Schicksal in den nächsten vier Jahren mitbestimmen soll!

Entscheidet euch nur für konsequente Gegner jeglicher Atomwaffenpolitik!“ Der Appell trägt die Unterschriften folgender Persönlichkeiten:

Prof. Dr. Dr. Aufhäuser, München; Prof. Otto Baum, Eßlingen; Prof. Robert Bednorz, Wiesbaden; Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär a. D., Oberaudorf; Prof. Dr. Burkhardt Schomburg, Osnabrück; Prof. Otto Dix, Hemmenhofen über Radolfzell; Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. e. h. Richard Döcker, Stuttgart; Prof. Dr. Klara-Marie Faßbinder, Duisburg b. Bonn; Prof. Willi Geiger, München; Prof. Hans Griebel, Nürnberg; Prof. Hans Grischat, Kennat über Eßlingen;

Prof. Dr.-Ing. Franz Heskke, Reinbek bei Hamburg; Prof. Dr. Adolf Hertlein, München; Prof. Johannes Kaan, Karlsruhe; Prof. Dr. Oskar Kaul, Unterwössen (Obb.); Prof. F. Klemm, Karlsruhe; Prof. Dr.-Ing. Adolf Koenig, Karlsruhe; Prof. Dr. Ludwig Kohl-Larsen, Traumenschlächters, Kreis Lindau; Prof. Karl Marx, Stuttgart; Prof. Fritz Nuss, Strümpfelbach/Remstal; Prof. Otto Pankok, Brünen bei Wessel; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. Renate Riemack, Wuppertal-Elberfeld; Prof. Dr. Karl Rode, Aachen; Prof. Dr. Helmuth Scheibler, Berlin-Charlottenburg; Prof. Dr. Schuh, Erlangen; Prof. Dr.-Ing. M. Schuler, Göttingen; Prof. Dr. Skraup, Würzburg; Prof. Dr. H. Strathmann, Erlangen; Prof. Dr. Paul Wentzke, Frankfurt (Main); Prof. Dr. Leo Weismantel, Jugenheim a. d. Bergstraße; Prof. Dr. F. Wilken, Freiburg i. Br.; Prof. D. E. Wolf, Göttingen; Prof. Bernhard Wolfen, Nürnberg.

## An die Jungwähler

Über 100 Jugendleiter, Geistliche, Pädagogen und Betriebs-Jugendstrecher richteten einen Appell an die jungen Wähler, sich ihrer großen Verantwortung bei den bevorstehenden Bundestagswahlen bewußt zu werden. In diesem Appell heißt es u. a.:

„Kauft nicht die Katze im Sack! Nehmt die Versprechungen der Kandidaten unter die Lupe!

Wenn euch ein Kandidat Frieden und Sicherheit verspricht, dann fragt ihn: Werden Sie in der ersten Sitzung des neuen Bundestages beantragen, die konventionelle und die Atomrüstung in der Bundesrepublik sofort zu stoppen und die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben, um eine weltumspannende, international kontrollierte Abrüstung beispielhaft zu fördern?

Wenn euch ein Kandidat Wohlstand verspricht, dann fragt ihn:

Werden Sie im neuen Bundestag für die rigorose Beschneidung der Militärausgaben zugunsten der Ausgaben für Wohlstand, für soziale Sicherheit, Bildung und Kultur eintreten?

Wenn euch ein Kandidat verspricht, Freiheit und Demokratie zu garantieren, dann fragt ihn:

Sind Sie gegen Notstandsgesetze? Gegen Arbeitsdienstpflicht? Sind Sie bereit, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß ehemals führende Nationalsozialisten, die heute wieder in hohen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Positionen sitzen, aus ihren Ämtern entfernt werden?

Wir sagen: In den neuen Bundestag sollte man nur solche Kandidaten wählen, die auf diese Fragen klipp und klar, ohne jedes Wenn und Aber, positiv Antwort geben. Den Nein- und Ja-sagern, den unsicheren Kantonisten keine Stimme, denn sie versagen auch im neuen Bundestag.“

## Den Frieden wählen!

25 evangelische Pfarrer wenden sich in einem Appell an die Christen in der Bundesrepublik mit der Aufforderung: „Wer den Frieden will, muß den Frieden wählen.“ In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Wir Christen stehen vor der Frage: Welche Partei sollen wir am 17. September wählen? Als Christen treten wir für die Erhaltung des Friedens ein, weil das Evangelium von Jesus Christus verkündet: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden.

Wir wissen heute, daß der nächste Krieg ein Atomkrieg sein wird. Die Anwendung von Gewalt wird uns diesmal in die letzte Katastrophe stürzen. Wir haben nur noch die Wahl, den Weg des

# Japan gedenkt der Atom-Bombardierung

## 7. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben tagte in Tokio

Wie jedes Jahr stand auch in den ersten Tagen des August in diesem Jahr ganz Japan im Zeichen des Gedenkens an die Opfer der beiden ersten Atombomben, die am 6. und 9. August 1945 mehrere hunderttausend Menschen in den beiden Städten Hiroshima und Nagasaki vernichteten. Die Gedenktage sind in Japan jedoch nicht nur der Klage und der Trauer um die in so grausamer Weise ums Leben gekommenen Angehörigen und Mitbürger gewidmet, sie sind gleichzeitig Tage des Protestes gegen neue Atombomben-Rüstungen, Tage des Protestes gegen alle Kriegsvorbereitungen, Tage des Kampfes für die Sicherung des Friedens.

Am 6. August, dem 16. Jahrestag des Abwurfes einer amerikanischen Atombombe auf Hiroshima, fanden in dieser Stadt eindrucksvolle Gedenkfeiern statt, auf denen Botschaften des Friedens und der Hoffnung aus allen Teilen der Erde verlesen wurden. Am Mahnmahl für die über 200 000 Personen, die von der ersten Atombombe getötet wurden, legte der Bürgermeister von Hiroshima eine Liste mit den 120 Namen der im letzten Jahr an den Auswirkungen des Atombombenabwurfs von 1945 Verstorbenen nieder. Drei Tage später gedachte die japanische Hafenstadt Nagasaki mit einer Demonstration von 350 000 Menschen der Toten des 9. August 1945, dem Tag an dem eine zweite amerikanische Atombombe diese Stadt in Schutt und Asche legte. Ebenfalls am 9. August wurde in Tokio die 7. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben für allgemeine Abrüstung eröffnet. Delegierte aus allen Teilen der Welt waren zu dieser Konferenz nach Tokio gekommen. Auch die Bundesrepublik war auf dem Kongreß durch den Schriftsteller Ernst von Salomon, Mitglied des Präsidiums des „Ständigen Kongresses aller Atomwaffengeg-

ner“ vertreten. (Da Herr von Salomon, der sich bereit erklärt hat, ausführlich über seine Reise nach Japan in unseren Blättern zu berichten, bei Redaktionsschluß noch nicht wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt ist, werden wir einen umfassenden Bericht über die 7. Weltkonferenz erst in unserer nächsten Ausgabe bringen.)

In der Abschlusserklärung der 7. Weltkonferenz wird nach einer Meldung der amerikanischen Nachrichten-Agentur UPI allen, die eine „Politik des Kernwaffenkrieges“ befürworten, der Kampf angesagt und im Zusammenhang mit den Ereignissen um Berlin eine verstärkte Abrüstungs-Kampagne gefordert.

Die beiden deutschen Teilnehmer — Ernst von Salomon aus der Bundesrepublik und Heinz-Wolfram Mascher aus der Deutschen Demokratischen Republik — richteten an die 7. Weltkonferenz anlässlich der Beratungen über die deutsche Frage einen gemeinsamen Appell, der folgenden Wortlaut hat:

1. Wir treten für das Verbot der Lagerung, Herstellung und Benutzung von Atomwaffen auf deutschem Boden ein. Die beiden deutschen Staaten sollen auf atomare Bewaffnung verzichten.
2. Wir treten für die totale, allgemeine Abrüstung in Deutschland ein. Die völlige militärische Neutralität Deutschlands soll hergestellt werden.
3. Die beiden deutschen Staaten erklären den Verzicht auf Gewaltanwendung und legen die friedliche Beilegung aller strittigen Fragen durch Verhandlungen fest.
4. Die West-Berlin-Frage muß friedlich geklärt werden.
5. Die beiden deutschen Staaten erarbeiten gemeinsame Vorschläge für den deutschen Friedensvertrag. Wir bitten die Delegationen der anderen Staaten, uns in diesem Appell zu unterstützen."

Ernst von Salomon überbrachte der 7. Weltkonferenz einen ausführlichen Bericht der „Aktionsgemeinschaft“, in dem die Erfolge und Schwierigkeiten der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik in den letzten 12 Monaten geschildert werden. Gleichzeitig überreichte Herr von Salomon ein Begrüßungsschreiben des „Ständigen Kongresses“, das folgenden Wortlaut hat:

„Sehr verehrte Delegierte der 7. Weltkonferenz! Wir begrüßen Sie herzlich und wünschen Ihnen für Ihre Tagung einen guten Erfolg.

Es wird Ihnen bekannt sein, daß die so große und hoffnungsvolle Bewegung gegen den Atomtod in der Bundesrepublik Deutschland dadurch stark geschwächt wurde, daß die parlamentarischen Vertreter des Kampfes gegen den Atomtod praktisch auf die Seite der Befürworter der Atomrüstung übergegan-

gen sind. Es gibt also zur Zeit keine parlamentarische Stimme gegen die Atomrüstung im Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, die die auf Entspannung und Abrüstung gerichteten Gedanken der friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik vertritt. Uns ist durch diese Situation die Aufgabe gesetzt, die Möglichkeit des parlamentarischen Widerstandes gegen Atomkriegsvorbereitungen wieder herzustellen.

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, wenn wir unsere gesamten Mittel für diese große Aufgabe einsetzen. Wir sind davon überzeugt, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen gegen den Atomtod bei weiterem zähen und harten Bemühen auf die Dauer Erfolg haben werden. In allen Ländern der Welt erkennen immer mehr Menschen die Gefahr; sie zwingt dazu, gegenseitiges Mißtrauen und Mißverständnisse abzubauen, um gemeinsam im Kampf um das Leben den Sieg zu erringen. Diesem hohen Ziel dient Ihre Konferenz.

Wir wünschen gutes Gelingen und grüßen Sie herzlich.

Ständiger Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik

Dr. Eugen Allwein, München; August Bangel, Stadtdirektor a. D. im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft, Castrop-Rauxel; Herta Beck, Braunschweig; Josef Becker, Oberstudienrat, Nürnberg; Johann Berlau, Personalrat Stadtwerke Mainz; Heinz Berends, Journalist, Göppingen; Dr. Ursula Berends, Journalistin, Göppingen; Blümke, Oberregierungs-Rat a. D., Stade; W. Bopp, Zahnarzt, Frankfurt/Main; Gerd Borck, Pfarrer, Birkenau (Odw.); Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär a. D., München; Dr. med. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Gertrud Chauviestré, Essen; Wilhelm Chauviestré, Essen; Conrad, Pfarrer, Holzheim b./Gießen; H. Dürrwächter, Personalrat Stadtwerke, Mainz; Erich Dunsenschön, Hamburg; Leonhardt Eckertspurger, Kunstmaler, Oberstdorf; Hanns Martin Elster, Schriftsteller, München; Prof. Erich Engel, Regisseur, Berlin; Prof. Dr. Klara Maria Fabbinder, Duisdorf; Hedwig Finger, Siegen; Pfarrer i. R., lic. theol. Fresenius, Frankfurt/Main; Ernst Fritz Fürbinger, Schauspieler, München; Franz Funch, Stadtwerke Mainz; Klaus Gnöth, Vikar, Duisburg; Dieter Gnöth, Dipl.-Ing., Duisburg; Dietrich Gnöth, Duisburg; Siegfried Gnöth, Duisburg; Eva Gnöth, Duisburg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Hans Graef, Bildhauer, Karlsruhe; Dr. Greve, Münster i. Westf.; Prof. Dr. W. Gundert, Neu-Ulm; Pfarrer Alfred Habermann; Dr. Karl Hagedorn, Arzt, Düsseldorf; Erwin Hallmann, Betriebsrat, Herten; Prof. J. Harder, Wuppertal; Dr. Fritz Helling, Oberstudienrat, Schwelm; Hans Hentschel, Betriebsrat, Hamburg; Prof. Dr. Adolf Hertlein, München; Prof. Dr. med. Helmut Hessenbruch, Unterlengenhardt; Heinz Hilpert, Göttingen; Joachim Hindemith, Referendar, Hamburg; Rudolf Ismayr, Augsburg; Dr. Gerhard Katz, Berlin; Prof. Dr. Oskar Kaul, Unterwössen/Obb.; Dr. med. Inge Koch-Engenolf, Göppingen; Prof. Dr. Erich Köhler, Heidelberg; Max Köther, Braunschweig; Ernst Kraffert, Personalrat Stadtwerke, Mainz; Hans Krahn, Studienrat, Rüsselsheim; Albert Kratz, Pfarrer, Offenbach; Superintendent Friedrich Kressel, Erdtebrück; Dagmar Kruse, Bad Oeynhausen; Kuno Kruse, Pfarrer, Bad Oeynhausen; Mira von Kühlmann, München; Philipp Kunz, Personalrat Stadtwerke, Mainz; Dr. Albert Freiherr v. Lersner, Stuttgart; Dr. med. Rudolf Lück; Werner May, Pfarrer a. D., Hamburg; cand. theol. Peter Meier, Gevelsberg; Jakob Messinger, Personalrat Stadtwerke, Mainz; Friedrich Middendorf, Kirchenpräsident i. R., Schüttdorf; Erwin Mittag, Kiel; Dr. med. Udo Renzenbrink, Amelinghausen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Dr. Reinhold Rieger, Pfarrer, Reilingen; Prof. Ernst Röttger, Kassel; Prof. Dr. Karl Salzer, München; Hans Schiefbahn, Hamburg; Prof. Franz Paul Schneider, Würzburg; Wilhelm Störing, Betriebsrat, Neuwied; Prof. Dr. Hermann Strahmann, Erlangen; A. Thoma, Pfarrer, Furtwangen; Erich Wiemann, Hamburg.

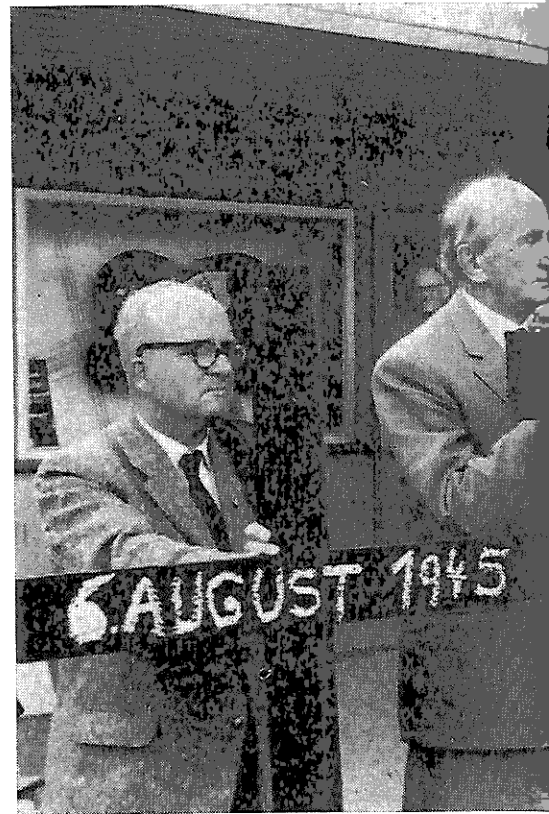
### Fortsetzung von Seite 6

Friedens und der Verständigung zu gehen und so zu überleben oder in dem unvorstellbaren Grauen eines tausendfachen Hiroshima unterzugehen.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, daß alle Parteien im Bundestag die Aufrüstung und die Androhung von Gewalt bejahen. Darum begrüßen wir dankbar, daß eine neue Partei sich zur Wahl stellt: Die Deutsche Friedensunion.

Diese neue Partei sieht mit Recht unsere Sicherheit und unsere Freiheit allein durch friedliche Verhandlungen mit allen Ländern in Ost und West garantiert und sagt Nein zur Aufrüstung und zur militärischen Gewaltanwendung, zur Haßpropaganda und zum Kalten Krieg. Obwohl viele von uns nicht Mitglied der DFU sind, geben wir am 17. September unsere Stimme der DFU. Allen Christen, die fragen: Welche Partei sollen wir wählen? geben wir die Antwort: Wer den Frieden will, muß den Frieden wählen!

Pfarrer Mochalski, Frankfurt/Main; Pfarrer Farr, Frankfurt/Main; Pfarrer Weber, Spremlingen; Pfarrer Andres, Frankfurt/Main; Pfarrer Treblin, Alzey; Pfarrer Frey, Herborn; Pfarrer Christ, Schotten; Pfarrer Conrad, Holzheim; Pfarrer Griebhammer, Hitzkirchen; Pfarrer Vollrath, Gießen; Pfarrer Schlunk, Dudenrode; Pfarrer Thorwirth, Schwarz; Pfarrer Boos, Niedersaulheim; Pfarrer Stroh, Obersaulheim; Pfarrer Dr. Bartsch, Krumbach; Frau Pfarrer Kuppers, Frankfurt/Main; Pfarrer Felsch, Hammelbach; Pfarrer Matthias, Unna; Pfarrer Schultz, Oberursel; Pfarrer Bausch, Ebersbach/Fils; Pfarrer Schulte, Boffzen/Weser; Pfarrer Weber, Einslingen; Pfarrer Lederle, Maximiliansau/Pfalz; Vikar Bachmann, Eislingen; Pfarrer Dr. Walz, Hahnheim.



## NIE WIEDER HIRO

Die Veranstaltungen zum 6. August im Bild

1. Kundgebung und Schweigemarsch in Düsseldorf
2. Atomwahnwoche und Flugblattverteilung
3. Atomwahnwoche vor dem Wilhelm-Max
4. Mahnende Holzkreuze in den Straßen
5. Die Marschgruppe San Francisco—Mosk
6. Eine eindrucksvolle Mahnwache vor ein
7. Atomwahnwoche in Bottrop
8. Atomwahnwoche vor den Ausstellungsh
9. Stefan Andres und Rechtsanwalt Hannov
10. Schweigemarsch in Saarbrücken



4



5



6



10



7



8

# HIROSHIMA!

- Zerresheim
- Hauptwache in Frankfurt am Main
- Düsseldorf
- (in der Mitte: Prof. Dr. Kurt Gröbe)
- stattete in Braunschweig eine Hiro-
- mergrundstück in Duisburg
- Düsseldorf
- en Autogramme nach einer Gedenk-
- atten.



9

# Die militärpolitische Lage in der Bundesrepublik

In der Ausgabe vom 5. August 1961 der in Hamburg erscheinenden Wochenschrift „Neue Politik“ beschäftigt sich der frühere Oberst im Generalstab, Bogislav v. Bonin, mit dem kürzlich erschienenen Buch „Verteidigung oder Vergeltung?“, dessen Verfasser der Bundestagsabgeordnete der SPD, Helmut Schmidt, ist. Da die Ausführungen v. Bonins eine Bedeutung haben, die weit über den Rahmen einer Buchbesprechung hinaus gehen, veröffentlichen wir diesen Artikel auszugsweise.

... Jeder vernünftig denkende Mensch weiß oder spürt zumindest im Unterbewußtsein, daß ein in Mitteleuropa unter Einsatz von Atomwaffen geführter Krieg die endgültige Vernichtung des deutschen Volkes bedeuten würde — mit absoluter Sicherheit und in kürzester Frist. Es sollte also selbstverständlich sein, daß in der Bundesrepublik alles, aber auch alles, unternommen worden ist und wird, um diese tödliche Bedrohung unserer nackten Existenz zu beseitigen oder wenigstens auf ein Minimum zu reduzieren.

## Atom-Waffen ziehen Atom-Schlag auf sich

Genau das Gegenteil war und ist bei uns der Fall. Allein die Tatsache, daß in Westdeutschland eine Unzahl atomarer Waffen stationiert ist, zwingt die Sowjetunion zur Aufnahme der entsprechenden Objekte in die Ziel-Kartei ihrer Atomraketen, von denen zweifellos genügend vorhanden sind, um den Brückenkopf der USA in Europa, genannt Bundesrepublik, ohne nennenswerte Beeinträchtigung des gegen den nordamerikanischen Kontinent gerichteten Schwerpunktes jederzeit schlagartig vernichten zu können.

Nur ein Böswilliger oder ein Narr wird bestreiten, daß diese entsetzliche Gefahr wesentlich vermindert, höchstwahrscheinlich sogar beseitigt wäre, wenn sich keine Atomwaffen auf westdeutschem Gebiet befänden, vielmehr eine atomwaffenfreie Zone beiderseits des quer durch Europa laufenden Eisernen Vorhanges geschaffen wäre.

Mit Händen und Füßen hätten sich die westdeutsche Regierung, bei ihrem Versagen die Opposition und schließlich das Volk selbst gegen den geradezu selbstmörderischen Ausbau der Bundesrepublik zum atomaren Vorposten der Vereinigten Staaten wehren müssen. Es wäre nur der Ausdruck des primitivsten Selbsterhaltungstriebes gewesen, wenn Westdeutschland den Gedanken eines „Disengagements“, wie er in zahlreichen, nach ihren Initiatoren wie Eden, Rapacki usw. genannten Plänen vorgebracht wurde, mit allen Kräften unterstützt hätte.

Die Behandlung gerade dieses Themas in dem Buche von Herrn Schmidt ist eines der interessantesten, zugleich aber traurigsten Kapitel. Denn was nützt es, wenn der Autor als prominenter Vertreter der SPD den Gedanken eines „Disengagements“ zwar vorsichtig bejaht, damit aber zwangsläufig offenbart, welche klägliche Rolle die Opposition auch in dieser Frage gespielt hat und noch spielt? In allen entscheidenden Fragen der Militärpolitik ist die Partei nach anfänglichem Widerstand schließlich stets zu Kreuze gekrochen. Adenauer aber hat durchgesetzt, was er wollte. Und genau das erreicht, was es unter allen Umständen zu verhindern galt:

Absolute Gewißheit sofortiger atomarer Vernichtung der Bundesrepublik mit Beginn einer direkten gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen UdSSR und USA;

Aufrechterhaltung der allmählich immer stärker gewordenen Spannungen im Herzen Europas und der damit verbundenen Gefahr, daß dieser Erdteil erneut zum Brandherd eines Weltkrieges wird;

Zementierung der deutschen Spaltung.

So sieht das Ergebnis von zwölf Jahren Bonner Außen- und Militärpolitik aus. Das ist aber auch die Folge einer überaus schwächlichen, ständig schwankenden Haltung der Opposition, die, wie das Buch von Herrn Schmidt zeigt, ganz auf die Linie der Regierungspartei eingeschwenkt ist.

## Märchen als Grundlage strategischer Planung

Wie konnte es zu dieser Situation kommen, die nur als katastrophal zu bezeichnen ist? Wie ist es möglich, daß weite Kreise der westdeutschen Bevölkerung wider jede Vernunft an eine ihnen vorgegaukelte Sicherheit vor der Gefahr aus dem Osten glauben und darüber so glücklich sind, daß sie des Kanzlers offenkundiges Versagen in der Frage der Wiedervereinigung nur allzu bereitwillig verzeihen? Für dieses Phänomen gibt es, abgesehen von der traurigen Mentalität des übersatten

Bundesbürgers in nationalen Fragen und von der politischen Instinkttlosigkeit der Masse des Volkes, nur eine plausible Erklärung: Die den Menschen in der Bundesrepublik seit vielen Jahren täglich und stündlich immer wieder aufgetischte Lüge von der ständigen Bedrohung durch die stets sprungbereit stehende Rote Armee! Dieses Schreckgespenst sitzt bei Millionen noch so fest in der Erinnerung, daß eine geschickte und skrupellose Propaganda sich nur der Angst zu bedienen braucht, um die Massen auf die Seite der angeblich Schutz bietenden Regierung Adenauer zu bringen.

... Es steht für jeden urteilsfähigen Menschen fest, daß die in Mitteldeutschland stationierten Teil-Kräfte der Roten Armee (20 Sowjet-Divisionen) für einen Großangriff konventioneller Natur mit weitgestecktem operativem Ziel absolut unzureichend sind. Auch mit der von Herrn Schmidt in schöner Offenheit gemachten Einschränkung, daß die in der Bundesrepublik stehenden rund 20 großen NATO-Verbände nur einen Kampfwert von 13, höchstens 14 Divisionen repräsentieren, dürfen diese Kräfte dennoch ausreichen, um auch ohne Einsatz von Atomwaffen den eben erwähnten russischen Truppen keine Chance für einen durchschlagenden Erfolg zu lassen.

Wenn die sowjetische Führung je die Absicht haben sollte, eine Großoffensive, die diesen Namen verdient, unter konventionellen Bedingungen zu starten, dann muß sie, wie der Verfasser ganz richtig, aber leider ohne die entsprechenden Schlußfolgerungen ausführt, eine Unzahl weiterer Verbände aus der Tiefe des Raumes heranzuführen, um wenigstens ein Kräfteverhältnis von



Autokorso in Dinslaken zum Protest gegen beabsichtigte Landesbeschlagnahmen für militärische Zwecke.

3:1 sicherzustellen. Ein solcher Aufmarsch großen Stils könnte niemals verborgen bleiben. Er benötigt Wochen. Selbst bei Anwendung raffiniertester Täuschungsmaßnahmen würde er schon in seinen ersten Anfängen erkannt werden. Darüber dürfte auch im russischen Generalstab kaum ein Zweifel möglich sein. Ebenso wenig können die führenden Männer im Kreml die Augen vor der Tatsache verschließen, daß ein Großangriff der Massen des Ostens gegen Westeuropa nicht nur mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, sondern mit absoluter Gewißheit den dritten Weltkrieg bedeutet, also die große gewaltsame Auseinandersetzung mit den USA.

#### An seidnem Faden

Nun sind gerade auf militärpolitischem Gebiet, wie nicht zu bestreiten ist, schon schwerwiegende, ja sogar unsinnige Fehler gemacht worden. Man braucht, um diese Erkenntnis zu gewinnen, gar nicht weit in der Geschichte zurückzublättern. Somit kann man auch der sowjetischen Führung Fehlentscheidungen in dieser Richtung zutrauen. Das darf aber nicht dazu führen, daß ihr eine absolute Wahnsinnstat zuge-  
traut wird: nämlich eine Großoffensive der Roten Armee mit Massen von Menschen und Material. Man traut den Sowjets den ausgesprochenen Irrsinn zu, auf jede Überraschung zu verzichten, ihre Absichten schon wochenlang vorher zu signalisieren und dem Gegner damit einen Ozean an Zeit für Gegenmaßnahmen zu lassen.

... Wir müssen uns endlich darüber klar sein, daß die große, gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Ost und West, wenn sie je kommen sollte, nach dem heutigen und voraussichtlich auch zukünftigen Stand der Dinge nur mit dem atomaren Überfall beginnen kann. Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß von der Bundesrepublik als Atomwaffen tragender, vorgeschobener Bastion der USA innerhalb von Minuten nichts mehr übrig sein wird, wenn die Sowjets den ersten Schlag führen. Die ihm nachfolgende Vergeltung durch die Amerikaner dürfte dann auch noch das Schicksal der 17 Millionen in der DDR besiegeln und damit die Vernichtung des ganzen deutschen Volkes vollenden. An der grauenvollen Tatsache des Ausgelöschtwerdens würde sich nichts ändern, wenn statt der russischen die amerikanische Führung den Befehl zum „first strike“ gäbe. Nur die Reihenfolge der über beide deutsche Teilstaaten hereinbrechenden vernichtenden Schläge wäre umgekehrt.

Der Autor des Buches, Herr Helmut Schmidt, und mit ihm die ganze SPD hätten sich unermeßliche Verdienste um unser Volk erwerben können, wenn sie zu kompromißlosen Vorkämpfern gegen diese einzige uns bedrohende Gefahr eines Unterganges im atomaren Inferno geworden wären. Statt dessen haben sie mitgeholfen und helfen sie weiter mit an der Aufrechterhaltung der Lüge von der Gefährdung der Bundesrepublik und Westeuropas durch einen Großangriff der Roten Armee mit Massen an Menschen und Material; sind sie mitschuldig daran, daß das Schicksal des deutschen Volkes immer mehr nur an einem seidnen Faden hängt;

sind sie mitverantwortlich dafür, daß die breite Masse hier im Lande an ein ausreichendes Maß von Sicherheit gegen eine angeblich im Osten läuernde, tatsächlich gar nicht gegebene Gefahr glaubt; während effektiv nichts für die Sicherung unserer Existenz gegenüber der wirklichen Bedrohung getan worden ist.

#### Atomwaffenfreie Zone und Grenzschutz

Wie anders stünden wir da —

wenn keine Atomwaffen auf unserem Territorium vorhanden wären, wenn es einen breiten Gürtel atomwaffenfreier Staaten in Mitteleuropa gäbe und

wenn Westdeutschland über eine Bundeswehr verfügte, die, gleichgültig ob mit oder ohne Unterstützung durch fremde Truppen, in der Lage wäre, die allein sinnvolle Aufgabe eines unmittelbaren, ständigen und voll wirksamen Schutzes der Ostgrenze der Bundesrepublik zu erfüllen.

... Was uns bitter not tut, ist ein unmittelbarer, ständiger und wirksamer Grenzschutz gegen diejenigen Möglichkeiten von Gewaltanwendung seitens des Ostens, die die USA nicht zum sofortigen Einsatz ihrer Atom-Waffen zwingen, dennoch aber die Gefahr von Weiterungen in sich bergen und den Weltfrieden bedrohen.

Das allein ist die Aufgabe, die der Existenz der Bundeswehr endlich einen Sinn geben könnte. Mit ihrer Erfüllung würden Westdeutschlands Soldaten un-

endlich viel mehr für die Sicherheit der Bundesrepublik leisten, als es ihnen heute unter völlig falschen Voraussetzungen zu tun möglich ist.

Ich predige seit 1953/54, daß nach meiner Ansicht eine auf Grenzschaufgaben gedrückte Bundeswehr nicht stärker als 150 000 Mann zu sein braucht, wobei ich stets betont habe, daß hierfür eine Armee aus langdienenden Berufssoldaten (Freiwilligen) das Beste wäre, die allgemeine Wehrpflicht in ihrer jetzigen Form also Unsinn ist. Nun haben wir sie aber und schon viel mehr als 150 000 Mann. Das reicht bei richtiger Aufgabenstellung längst zur Verhinderung des Bürgerkrieges zwischen BRD und DDR; mehr brauchen wir nicht.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Thema der Besatzungsmächte. Also: Jetzt zusammen mit den westlichen Besatzungsmächten so stark sein, daß Grenzübergänge seitens des Ostens, d. h. der z. Z. in der DDR stehenden Kräfte, verhindert werden. Dabei Aufgabenteilung: Bundeswehr-Grenzschutz unmittelbar am Eisernen Vorhang, alliierte Kräfte als Reserven dahinter.

Später, wenn die Besatzungsmächte einmal abgezogen, reicht Grenzschutz durch sinnvoll organisierte Bundeswehr völlig aus gegenüber Volksarmee plus Tschechoslowakei plus Polen. Wobei ich neben dem Grenzschutz die Bildung einer Miliz zur Abwehr etwaiger Unruhen im Inneren des Landes nach wie vor befürworte.

#### Martin Niemöller

### Friede im technischen Zeitalter

**Kirchenpräsident D. Martin Niemöller fiel Anfang August einem schweren Autounfall zum Opfer, in dessen Verlauf die Gattin des Kirchenpräsidenten und die Haushälterin in der Familie Niemöller getötet wurden. Mit dem Ausdruck des tiefsten Beileids für die schweren Verluste, die Martin Niemöller trafen, verbinden wir unsere aufrichtigen Genesungswünsche für den Schwerverletzten, der sich z. Z. noch immer in einem dänischen Krankenhaus befindet. Wenige Wochen vor dem Unfall war Martin Niemöller auf der ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag, wo er eines der Korreferate hielt, das wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen.**

D. Red.

Wir kämpfen als Christen gegen den Krieg und für den Frieden, weil an dieser Stelle unser Dienst heute am allerdinglichsten geworden ist, wenn die Selbstvernichtung des Menschengeschlechts vermieden werden soll. Es ist eine noch neue Erkenntnis, daß Krieg Selbstvernichtung bedeuten kann und unter Umständen bedeuten muß, und wir wissen, daß erst die allerletzten Errungenschaften des technischen Zeitalters diese Möglichkeit heraufgeführt haben.

Ich brauche hier nicht mehr auf die Entwicklung der Waffentechnik seit 1945 einzugehen; jeder weiß darüber Bescheid, daß die „absolute Waffe“ endlich da ist, das heißt: das Zerstörungsmittel, mit dem der Mensch das Leben selbst zerstören kann. Und wenn Krieg nun mehr zum Selbstmord der Menschheit werden kann, so wird der Friede im technischen Zeitalter zur gebieterischen Notwendigkeit, es handelt sich hier — schlicht und primitiv gesagt — um Lebensrettung aus unmittelbarer Todesgefahr, eine Verpflichtung, der sich kein Mensch — und erst recht kein Mensch, der Christ ist — versagen oder entziehen darf.

Angesichts dieses Sachverhaltes ergeben sich weitere Gesichtspunkte, die wir Christen zu bedenken hätten. Obgleich die Tatsachen, wie sie heute dastehen, solch eine unmißverständliche Sprache reden, sehen wir, wie seit Jahren wesentlich mehr Arbeit, Kraft und Mühe darauf verwandt wird, den Krieg zu retten, als den Frieden zu sichern. Auch hier brauche ich nicht ins einzelne zu gehen: der begrenzte „kleine“ Krieg mit „konventionellen“ oder „taktischen Atom“-Waffen, der Plan oder die Pläne einer nur teilweisen Abrüstung — von alledem wissen wir. Aber wer spricht es klar und deutlich aus, daß diese angeblichen „Möglichkeiten“ keine sind und von vernünftigen Menschen in unserem „technischen Zeitalter“ nicht einmal gedacht werden dürften, solange niemand einen Weg zu zeigen vermag, wie mit einiger Sicherheit verhindert werden kann, daß aus dem „kleinen“ Krieg doch plötzlich der große, der totale Krieg wird, der mit dem Untergang enden muß. Darum ist Friede in unseren Tagen und im Zuge der technischen Entwicklung eine unabweisbare Forderung der Vernunft, eine Notwendigkeit, der sich kein Mensch verschließen sollte.

Hier ergibt sich die Frage, wie es überhaupt möglich ist, daß Menschen, die sonst ganz vernünftig sind, dennoch unter den heutigen Verhältnissen und im Wissen um diese Tatsachen vom Krieg als von einer Möglichkeit träumen? Zweifellos spielt hier die jahrtausendealte Gewöhnung eine Rolle; der Krieg gehörte zu den beständig in Rechnung zu stellenden politischen Mitteln, mit denen man den Gegner seinem Willen gefügig machen zu können glaubte; und solch ein eingewurzelter Glaube hat ein zähes Leben und trotz selbst einer klaren, vernunftgemäßen Erkenntnis, die heute weithin vorhanden ist. Wir haben also diese Erkenntnis zu fördern und jenem alten Glauben als einem Aberglauben zu wehren; und darin müssen wir in unseren Tagen eine legitime christliche Verpflichtung erkennen.

Eine weitere Überlegung muß sich hier jedoch wohl alsbald anschließen: die technische Entwicklung ist stets auch waffentechnische Entwicklung gewesen. Und in der Waffentechnik ist es immer darum gegangen, die bekannten und vorhandenen Waffen in ihrer Wirkung zu verbessern, d. h. ihre Zerstörungskraft zu erhöhen. Diese Entwicklung konnte logischerweise nicht eher zu Ende kommen, als bis die „absolute Waffe“ gefunden war. Heute ist sie da, und die ganze Menschheit zittert bei dem Gedanken, sie könnte in Aktion treten. Wenn dies nun das unvermeidliche Endergebnis der technischen Waffenentwicklung sein mußte, so müssen wir doch wohl die Frage stellen, ob nicht schon der ganze Weg, der zu diesem Endergebnis hingeführt hat und hinführen mußte, ein falscher Weg gewesen ist? Oder noch schärfer gesagt: das Ende, die atomare Vernichtung des Menschengeschlechtes ist vollendete Unmenschlichkeit; also muß doch wohl die Unmenschlichkeit schon in dem ganzen Prozeß, in der Waffe selbst und ihrer technischen Entwicklung, ja: in der Gewaltanwendung gegen den menschlichen Feind überhaupt beschlossen gelegen haben. Wir stehen also vor der Frage, was es um das Töten von Menschen durch Menschen eigentlich ist?

Diese Frage hat außerhalb wie auch innerhalb der Christenheit ihre Beantwortung gefunden; und die Antwort war durch eine lange Tradition geheiligt: der einzelne darf nicht töten, jedenfalls nicht in eigener Sache — mit der einzigen Ausnahme der Notwehr; aber die Obrigkeit oder der Staat darf es tun; sie darf Krieg führen und dabei dann auch den einzelnen zum Töten veranlassen und verpflichten. Dieses Recht der Obrigkeit ist in der Christenheit niemals ernstlich bestritten worden; abgesehen von den verhältnismäßig kleinen „historischen Friedenskirchen“ hat die genannte Christenheit dem Staat das Recht, Krieg zu führen und den Christen das Recht — wenn nicht die Pflicht —, im Kriege zu kämpfen und zu töten, zugesprochen.

Das gilt bis in das letzte Jahrzehnt hinein als unbestritten und unbestreitbar. Heute ist diese Sicherheit ins Wanken geraten. Schon 1948 in Amsterdam hieß es in einer Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen: „Kriege sind gegen den Willen Gottes“; und seither ist auch die Frage nach dem Kriegsdienst der Christen nicht mehr zur Ruhe gekommen. Heute sind wir uns

in der Christenheit weitgehend einig, daß Krieg nicht mehr sein darf.

Aber das technische Zeitalter ist ja nicht mehr nur das Zeitalter der atomaren und sonstigen (biologischen und chemischen) Massenvernichtungsmittel und nicht nur als solches hat es mit der Frage des Friedens zu tun. Es ist auch das Zeitalter des technischen Fortschritts auf allen möglichen und erdenklichen sonstigen Gebieten menschlichen Lebens und Zusammenlebens; und diese technischen Errungenschaften haben Menschen, Völker und Rassen in engste Fühlung miteinander gebracht. Die Fortschritte im Nachrichten- und Verkehrswesen haben unseren Erdball gewissermaßen zusammenschumpfen lassen; die Errungenschaften in der Technik der Bodenbewirtschaftung und der industriellen Produktion, aber auch der technischen Wissenschaften werden schnell zum Allgemeingut; unaufhaltsam und immer schneller vollzieht sich ein gewaltiger Ausgleichsprozeß innerhalb der Menschheit und ihrer Daseinsbedingungen; und das bedeutet zugleich, daß sich auch die Ansprüche, die an die äußeren Lebensbedingungen gestellt werden, mehr und mehr und immer schneller angleichen. Zur Zeit sind die Unterschiede noch gewaltig — etwa zwischen dem Lebensstandard in den USA und in Brasilien, in der UdSSR und in Indien, in Europa und in Afrika. Daß einige Völker ständig im Überfluß leben und andere hungern und verhungern, ist ein Zustand, der nicht nur bedauerlich und reformbedürftig ist,

sondern gefährlich und bedrohlich werden muß, wenn nicht schnell und planvoll Abhilfe geschaffen wird.

Friedensschaffen heißt mehr als nur den Krieg verhindern; es heißt: Ernst mit der Tatsache machen, daß wir nur noch als Mitmenschen leben können, wenn das Dasein nicht für alle zur Qual und zur Hölle werden soll.

Und hier ergeben sich eine Fülle von Aufgaben, die bislang kaum angefaßt sind. Das technische Zeitalter hat dem Kolonialzeitalter den Todesstoß versetzt. Die Kolonialvölker sind frei geworden oder werden frei; aber es ist am Tage, daß es nicht damit getan ist, sondern daß es jetzt darum geht, die Verpflichtungen zu erkennen, die sich aus diesem Wandel ergeben. Wenn ich recht sehe, dann fällt hier der Christenheit eine große und gewichtige Aufgabe zu; und ich meine, eine Allchristliche Friedenskonferenz hätte hier auf Jahre hinaus eine höchst notwendige Arbeit zu tun, wenn wir Christen und Kirchen unserer Verantwortung gerecht werden wollen.

Lassen Sie uns nicht müde werden, dem Ungeist des Krieges zu wehren; lassen Sie uns aber auch daran denken, daß nur ein Friede gemeinsamer Verantwortung für alle Menschen, Völker und Rassen auf die Dauer ein wirklicher und echter Friede sein kann! Vielleicht — vielleicht wird in solchem Dienst uns und unsern Kirchen ein neuer Weg für das Evangelium zu den Herzen unserer Menschenbrüder aufgetan.

## Das NATO-Gebet

*Den nachstehenden Artikel entnehmen wir der von Johannes Rau (Mdl), Wuppertal, herausgegebenen Schrift „Politische Verantwortung, Evangelische Stimmen“ vom Juli 1961.*

Zum „Tag der Streitkräfte“ sprach ein amerikanischer Militärpfarrer vor tausenden von Amerikanern und Deutschen folgendes Gebet:

„Herr, Gott der Heerscharen, dessen Macht währt von Ewigkeit zu Ewigkeit und dessen Name ist über allen Namen im Himmel und auf Erden, wir bitten Dich, nimm die Streitmacht der NATO und alle, die darin dienen, unter Deinen Schutz. Verteidige sie inmitten aller Gewaltanwendung zu Land, auf dem Wasser und in der Luft und laß sie sein ein Schutzschild für die Völker und ein Garant zur Sicherheit für alle, die da wandeln in Frieden nach Deinem Gesetz. Zur Zeit des Friedens bewahre sie vor allem Bösen und gib, daß sie nicht den Mut verlieren zur Zeit des Kampfes. Hilf, daß sie bewahren unsere Freiheit gegen jene, die die demokratischen Freiheiten zerstören oder beschränken wollen, damit die Segnungen der Religion und des Gesetzes uns und den kommenden Generationen erhalten bleibe. Amen.“

Dieses Gebet, das die Pfälzische Volkszeitung, Kaiserslautern, in den Mittelpunkt ihres Berichtes über die Wehrdemonstrationen der US-Armee und Luftwaffeneinheiten zum „Tag der Streitkräfte“ veröffentlichte, hat berechtigtes Aufsehen erregt. Dekan Gross schreibt, das Gebet erinnere ihn an seine Vorgänger im ersten und

zweiten Weltkrieg. Solche Gebete würden zur dämonischen Verseuchung des Geistes, des Glaubens und Betens der Völker beitragen. Sie bedeuten auch eine Mißkreditierung des christlichen Namens in aller Welt. Der allmächtige und heilige Gott werde zu militärischen Zwecken mißbraucht. Das gehöre zur schrecklichsten und verhängnisvollsten Häresie unserer Zeit.

Pfarrer E. Scheuerlein, Enkenbach, nennt das Gebet eine Verhöhnung Gottes, eine Bankrotterklärung des christlichen Glaubens und eine Unverschämtheit jenen Menschen gegenüber, die auch jenseits des Eisernen Vorhanges ihres Christenglaubens leben.

Werner Altes, Kaiserslautern, bemerkt zu diesem Gebet des amerikanischen Flugplatzpfarrers: „Das ist eine Gotteslästerung! Wen wundert es da noch, daß man im Ostblock die christlichen Kirchen des Westens als ‚NATO-Kirchen‘ bezeichnet? In diesem Gebet wird versucht, dem lieben Gott die NATO als ‚Heilsarmee‘ in die Hand zu mogneln. Mit welchem Gott wird hier überhaupt gesprochen? Mit dem ‚Gott, der Eisen wachsen ließ‘ oder mit dem Gott des Friedens, wie er im Neuen Testament bezeugt wird? Kein Wort der Bitte um die Bewahrung des Friedens!“

Mit keinem einzigen Satz bittet Flugplatzpfarrer Major Shade darum, Gott möge uns davor bewahren, das zur Schau gestellte Waffenarsenal jemals anwenden zu müssen... Das ist eine Theologie aus der Zeit der Kreuzzüge.“

E. P. D.

# Neue Bücher

**Edward Kardelj**  
**Vermeidbarkeit oder**  
**Unvermeidbarkeit des Krieges**  
Rowohlt-Verlag, Hamburg, DM 2,20

In Rowohlt's Enzyklopädie-Taschenbuchreihe erschien soeben ein Band, der auf dem Umschlag ein Photo der Stadt Hiroshima zeigt, kurz nach der großen Atomkatastrophe. Der Bildausschnitt gibt die Stelle der Stadt wieder, an der später das Mahmal errichtet wurde, und der Verlag möchte damit wohl andeuten, daß auch der Inhalt seines Buches als eine ernste Mahnung angesehen werden will.

Der Autor — Edward Kardelj — ist einer der führenden Männer des neuen Jugoslawiens. Er gehört seit 1937 zu den engsten Mitarbeitern Titos, stand mit an der Spitze der antifaschistischen jugoslawischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen Okkupanten und bekleidet heute das Amt des Außenministers der Jugoslawischen Föderation und des Sekretärs des Vollzugsausschusses des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Das Thema seiner Abhandlung — „Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges“ — ist von brennender Aktualität, leider stehen jedoch Kardeljs Betrachtungen im Schatten jener Auseinandersetzungen, die schon seit geraumer Zeit zwischen dem jugoslawischen Bund der Kommunisten und den kommunistischen Parteien anderer Länder geführt werden und sich nicht auf die Frage der Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges beschränken. Es erscheint dem Rezensenten schon als polemische Simplifizierung des Problems, im Untertitel des Buches von einer „jugoslawischen und chinesischen These“ zu sprechen, als sei die These von der Vermeidbarkeit des Krieges ein ideologisches Monopol der Jugoslawen und als sei die Unvermeidbarkeit des Krieges ein Dogma der chinesischen Politik. Wir erinnern uns, daß die Konzeption von der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen von ausnahmslos allen Ländern des sozialistischen Lagers — einschließlich der Chinesischen Volksrepublik — als bindende Marschroute ihrer gemeinsamen Außenpolitik proklamiert wurde. Kardelj zitiert in seinem Buch selbst das Internationale Friedensmanifest vom 23. November 1957, in dem es heißt:

„Wir Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien erklären im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung für die Geschehnisse der Völker: Der Krieg ist nicht unvermeidlich, der Krieg kann verhindert, der Frieden verteidigt und gefestigt werden . . .“

Auch die Staatsmänner und Parteiführer Chinas haben diese Deklaration unterzeichnet und wiederholt erklärt, daß sie den Krieg als Mittel politischer Auseinandersetzungen verabscheuen und daß sie ihn unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse für durchaus vermeidbar halten, wiewohl sie begrifflicherweise ernste Zweifel an den friedlichen Absichten imperialistischer Mächte hegen. Hier wirken sich die besonders bitteren Erfahrungen Chinas im Umgang mit den europäisch-amerikanischen Großmächten aus, hier dürfte sich auch die fortgesetzte Unterstützung Tschiang Kaischeks durch die Militärmacht der USA auswirken und nicht zuletzt der hartnäckige Widerstand der Amerikaner gegen die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO. Diese Fakten nähern natürlich das Mißtrauen insbesondere der chinesischen Kommunisten in die Friedensbeteuerungen westlicher Staatsmänner und veranlassen sie zu ganz besonderer Wachsamkeit gegenüber militärischen Aggressionen, aber Kardelj verzerrt die Haltung Chinas gräßlich, wenn er die durchaus verständliche Vorsicht eines gebrannten Kindes so auszulegen versucht, als tendiere diese Haltung selbst auf die Entfaltung eines Brandherdes.

Es ist hier natürlich nicht der geeignete Ort, die Vorwürfe, die zwischen Belgrad und Peking ausgetauscht werden, im einzelnen zu untersuchen. Das vorliegende Buch von Kardelj hat für unsere Leser allerdings insofern Bedeutung, als Kardelj (wenn man von seiner Polemik gegen China einmal absieht) sich nicht ohne Erfolg um den Nachweis bemüht, daß die Erhaltung des Friedens seit eh und je ein Grundprinzip der sozialistischen Bewegung gewesen ist. Kardelj hat die Klassiker des Marxismus daraufhin genau studiert, er vermag sie vom Verdacht des kleinbürgerlichen Pazifismus ebenso zu reinigen, wie von der Diffamierung, der Sozialismus wolle sein Gesellschaftsprinzip zum Exportartikel machen und auf den Spitzen der Bajonette um die ganze Erde tragen.

Edvard Kardelj weist an Hand zahlreicher Zitate nach, daß schon Marx und Engels — wiewohl sie alles andere als wellfremde Utopisten und durchaus bereit waren, in historisch-notwendigen Augenblicken die „Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen“ zu ergänzen — daß also schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus den Krieg als das schrecklichste Erbübel der Barbarei betrachteten und nicht zuletzt darum auch die kapitalistische „Ordnung“ zu überwinden trachteten, weil ihr System des Kampfes aller gegen alle auf internationaler Ebene zum Kriege tendierte. Lenins Politik — so weist Kardelj weiter nach — sei darum von Anfang an darauf gerichtet gewesen, den jungen Sowjetstaat zwar auch militärisch für alle Eventualitäten zu festigen, aber möglichst aus allen außenpolitischen Konflikten herauszuhalten:

„Wir befinden uns in einer solchen Lage“, schrieb Lenin kurz nach der Abwehr der antisowjetischen Interventionen, „in der wir die Voraussetzungen sicherstellen konnten für eine Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern, die nunmehr gezwungen sind, Wirtschaftsbeziehungen mit uns aufzunehmen . . .“

Kardeljs Schrift weist also nach, daß die „Koexistenz“ kein von Ministerpräsident Chruschtschow erfundener Terminus ist, daß der sowjetische Staatschef vielmehr die alten marxistisch-leninistischen Grundsätze vertritt, wenn er in seinem Grundsatzreferat auf dem XX. Parteitag der KPdSU versicherte:

„Die friedliche Koexistenz ist kein taktischer Zug, sondern das Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik.“

So liegt die Bedeutung des bei Rowohlt erschienenen Buches des jugoslawischen Außenministers darin, daß es die Kontinuität und Steifigkeit der friedlichen Außenpolitik der sozialistischen Länder nachweist, auch wenn der Autor glaubt, aus anderen Gründen sich vom Block der sozialistischen Staaten distanzieren zu müssen. Ungeachtet dieser Distanz liest der kritische Leser nicht ohne Gewinn dieses bemerkenswerte Buch.

R. Triebel

**Edwin O'Connor**

**Der alte Mann und die Wahl**

Verlag Andreas Zettner, Würzburg — DM 19,80

Wenn man den Titel dieses amerikanischen Romans liest, ist man versucht, an die bevorstehende Bundestagswahl zu denken. Wahrscheinlich hat der Verleger an unsere Situation gedacht, als er sich diesen Titel für die deutschsprachige Ausgabe aussuchte. In Wirklichkeit heißt das Buch: „Das letzte Hurra“ (übrigens auch unter diesem Titel mit Spencer Tracy in der Hauptrolle verfilmt). Dennoch hat der Verleger mit dem neuen Titel nicht ganz unrecht. Die Parallelen zwischen der muffigen amerikanischen Kleinstadt und der Bundesrepublik Deutschland sind wirklich auffallend.

Sowohl in dem amerikanischen Städtchen als auch in unserer Bundesrepublik stellt sich ein uralter Mann nach langjähriger Herrschaft wieder zur Neuwahl. In Amerika geht es um die Wahl des Bürgermeisters, während es sich in Deutschland um die Wahl des Bundeskanzlers handelt. Da aber unser Bundeskanzler selbst Oberbürgermeister einer Stadt war und die Politik nach solchen Horizonten betreibt, sind auch hier die Parallelen verblüffend. Ebenfalls stimmt die Aufstellung des Gegenkandidaten, eines jungen Mannes mit wohlgepflegtem Äußeren überein.

In sehr drastischen und humorvollen Schilderungen erleben wir einen saftigen amerikanischen Wahlkampf. Beide Kandidaten werden als ausgemachte Demagogen gekennzeichnet. Der amerikanische Autor setzt gerade da seine Kritik an den amerikanischen Verhältnissen an. Er zeigt mit seinem Buch, wie in den USA die Wahlen mehr oder weniger als allgemeine Volksbelustigung von den beiden Parteien organisiert und auch von dem Großteil der Wähler als solche betrachtet werden. Fast bis zum Ende des Buches bleibt der Leser davon überzeugt, daß der alte Skeffington das Rennen weiter machen wird, aber zur allgemeinen Überraschung gewinnt in der amerikanischen Kleinstadt nicht der „bewährte“ Alte, sondern der smarte junge Demagoge.

Der Roman von O'Connor bietet einen Einblick in das amerikanische Geistesleben. Der Leser ist immer wieder erschreckt, wie rasch sich das geistige Leben in der Bundesrepublik dem amerikanischen Niveau annähert.

Wenn man aber glaubt, daß es dem Schriftsteller nicht auch ernst um die Sache ist, so gibt es in dem Roman genügend Hinweise dafür, daß O'Connor sehr wohl die ganze Gefährlichkeit einer zur leeren Hülle gewordenen Demokratie erkennt. Eine Nation mit einer erstarrten, inhaltsleeren Demokratie kann leicht in die Gefahr geraten, von Demagogen, wie sie so schön in den beiden Kandidaten gezeigt werden, in eine Verzweiflungsthat hineingezogen zu werden, wenn sich herausstellt, daß die wirklichen Probleme in der Welt nicht mehr von ihnen gemeistert werden können.

Hier liegt das große Verdienst des Buches. Es ist sehr lesenswert, gerade angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl.

Die Parallelen sind erschreckend.

E.W.

**Werner Zimmermann**

**Warum die Welt Frieden braucht**

**Aufbauprojekte in 5 Kontinenten**

Econ-Verlag, Düsseldorf, DM 25,—

Der Krieg ist gewiß aus vielen Gründen abzulehnen. Er ist ebenso moralisch verwerflich, wie er politisch sinnlos ist, er ist weder philosophisch noch theologisch zu rechtfertigen, er hat sich historisch überlebt und wird heute selbst von militärwissenschaftlichen Experten als Regler zwischenstaatlicher Beziehungen weitgehend abgelehnt, er ist nicht zuletzt aber auch ökonomisch nicht vertretbar. Im Zeitalter langfristiger Wirtschaftsplanungen und kostspieliger Kapitalinvestitionen kann sich keine Volkswirtschaft auch nur die kurzfristige Störung durch lokale Konflikte, geschweige das lebensgefährliche Risiko globaler Auseinandersetzungen leisten.

Das vorliegende Buch richtet die Aufmerksamkeit des Lesers besonders nachdrücklich auf diese wirtschaftliche Seite des Problems und beantwortet die im Titel aufgeworfene Frage „Warum die Welt Frieden braucht“ mit der kategorischen Antwort: Weil die Welt nur noch im Frieden leben kann, jeder Krieg aber die Existenz der Menschheit in Frage stellen würde.

Als Ergebnis seiner Forschungen unterbreitet uns der Autor die Tatsache, daß heute in allen Teilen der Erde kräftig geplant und projektiert wird. Die Zeiten scheinen endgültig vorbei zu sein, wo man nach dem klassischen Prinzip des Liberalismus „Laissez faire, laissez aller“ allein den lieben Gott walten ließ; die einst verachteten und böswillig diffamierten Prinzipien der Wirtschaftsplanung in sozialistischen Ländern, werden heute auch in den Staaten mit privatwirtschaftlicher Ordnung weitgehend nachgeahmt.

Werner Zimmermanns Buch liest sich natürlich nicht wie ein billiger Unterhaltungsroman. Das reichhaltige Zahlenmaterial über Bevölkerungsbewegung, Rohstoffvorkommen, landwirtschaftliche Nutzflächen, Energieversorgung, Verkehrswesen, Industrieproduktion, Export und Import, Kapitalanlagen und Kreditmanipulationen, Produktivitätssteigerung und Lebensstandard läßt sich nicht vermitteln, ohne eine gewisse „Dürre“ des Lesestoffes in Kauf zu nehmen. Wer aber ökonomische Statistiken zu lesen und auszuwerten vermag, der erkennt auf dem Hintergrund abstrakter Zahlenkolonnen gesellschaftspolitische Entwicklungsprozesse von hochdramatischer Spannung.

Die wirtschaftliche Bestandsaufnahme, die das vorliegende Buch von Werner Zimmermann vermittelt, ist keineswegs schmeichelhaft für die modernen Nachfahren des Prometheus. Der Autor zitiert Bertolt Brecht: „Denn die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht . . .“ und erinnert daran, daß trotz allen technischen Fortschritts heute immer noch mehr als die Hälfte unserer 2,9 Milliarden Erdenbewohner sich nicht einmal täglich satt essen, geschweige menschenwürdig leben können. Zimmermann bemerkt aber gleichzeitig, daß nach Ansicht der Sachverständigen die Erde bis zu 12 Milliarden Menschen zu ernähren vermöge: „Sicher ist, daß die landwirtschaftlichen Produktionsreserven es gestatten, weit mehr Menschen als heute ausreichend zu ernähren.“

Die Erschließung dieser Erzeugungsreserven durch großzügige Neulandkultivierung und intensive Technisierung auch der „unterentwickelten“ Gebiete sei dazu allerdings eine Voraussetzung. In den einzelnen Kapiteln seines Buches weist der Verfasser für jedes Land detailliert nach, welche Versorgungskapazitäten bisher genutzt wurden und welche noch ungenutzt blieben, welche Vorhaben projektiert und welche Pläne bereits Gestalt annehmen.

Mit allem Nachdruck weist Zimmermann aber immer wieder darauf hin, wie sehr die hohen Kosten des sinnlosen Rüstungswettlaufs die Erschließung der Lebensmöglichkeiten hemmen, und daß ein Krieg alle Kultivierungspläne mit einem Schlag vereiteln würde: „Sämtliche Entwicklungsprojekte wären sinnlos“, stellt er fest, „wenn sie nicht im Glauben an den Frieden und zum Wohle der Menschen angelegt würden.“

Wenn er das Wirtschaftspotential Nordamerikas für die „Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Block“ in Anspruch nimmt, zeigt sich, daß auch Werner Zimmermann sich nicht aus den Klischees des „Block“-Denkens zu lösen vermochte.

Es ist allerdings des Autors sehr persönliche Ansicht, die „Vereinigten Staaten als das stärkste Bollwerk des Friedens“ anzusehen, die USA „als Modell für eine bessere Welt“ zu betrachten. Diese sehr subjektive Betrachtungsweise beeinträchtigt natürlich den Wert seines Buches, sie läßt seinen Autor streckenweise in die Denkschemata des Kalten Krieges zurückfallen, wiewohl er sich bemüht, ihnen zu entrichten.

## Ostermarsch-Komitee

In den ersten Maitagen dieses Jahres trat der Zentrale Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ in Frankfurt a./M. zusammen. Für weitere Aktionen im Laufe dieses Jahres unterbreitet der Zentrale Ausschuß den örtlichen und regionalen Vorbereitungsgruppen zwei Vorschläge:

1. Aktionen zum 6. August (Hiroshima 1945)
2. Aktionen zum 1. September (Kriegsbeginn 1939)

Am 6. August sollten an möglichst vielen Orten in der Bundesrepublik schweigende Mahnwachen aufgestellt werden. (Dies ist in der Zwischenzeit weitgehend realisiert worden).

Am 1. September sollten — nach Absprache und in Verbindung mit befreundeten Organisationen — Fackelzüge durchgeführt werden.

\*

Der Zentrale Ausschuß und der Regionale Ausschuß West „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ haben aus Anlaß des 22. Jahrestages des Kriegsbeginns zum 3. September 1961 nach Gelsenkirchen einen Kongreß einberufen, der unter dem Motto steht: Politik und Bombe.

Auf diesem Kongreß werden der Schriftsteller Christian Geißler, der Publi-

### Beschluß

**In allen Ortsvereinen der SPD wird jährlich am ersten Sonntag des Monats September ein Antikriegstag veranstaltet.**

**Die Veranstaltung soll feierlichen Charakter und den Zweck haben, im deutschen Volke einen echten Geist der Völkerverständigung zu erwecken und zu pflegen.**

Auszug aus dem Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg.

zist Dr. Arno Klönne und der Lehrer Hans-Konrad Tempel das Wort ergreifen. In der Einladung zu diesem Kongreß heißt es u. a.:

„Der 22. Jahrestag des Kriegsausbruches ist uns eine dringende Verpflichtung, die tödliche Gefahr, der wir alle gegenüberstehen, beim Namen zu nennen und den Regierungen, die mit der Bombe ihr apokalyptisches Spiel treiben, den Willen zu einer neuen und starken Politik, die die Bombe nicht nötig hat, entgegenzusetzen.“

### NIE WIEDER HIROSHIMA

Gedenkfeiern zum 6. August

Der 6. August, der Tag, an dem vor 16 Jahren die erste Atombombe von einem amerikanischen Flugzeug aus auf die japanische Stadt Hiroshima geworfen wurde, war in diesem Jahr wieder Veranlassung für die Atomwaffengegner der Bundesrepublik, in zahlreichen Orten Gedenkfeiern, Kundgebungen und Atommahnwachen zu veran-

stalten. Einem Aufruf des Zentralen Ausschusses „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ (den wir in dieser Ausgabe zum Abdruck bringen) folgend, hatten sich vielerorts die verschiedenen Friedensverbände zusammengefunden, um gemeinsame Vorbereitungen für die Veranstaltungen des 6. August zu treffen.

Aus Stuttgart, Nürnberg, Weißenburg, Mannheim, Ravensburg, Frankfurt a. M., Offenbach, Bottrop, Düsseldorf, Braunschweig, Hannover, Bremen, Ahrensburg, Lübeck und Hamburg liegen uns Berichte über Atommahnwachen, Schweigemärsche, Fackelzüge, Kundgebungen und Gedenkfeiern vor, die alle unter dem Motto: NIE WIEDER HIROSHIMA standen. Unsere Bilder auf den Seiten 8 und 9 dieses Blattes sollen unseren Lesern die Mannigfaltigkeit dieser Veranstaltungen anschaulich machen.

Leider ist es nicht möglich, die Vielzahl der vorliegenden Berichte hier abzudrucken. Wir bringen darum nur einige Auszüge aus dem Düsseldorfer Bericht, der hier für viele sprechen soll.

Der örtliche Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ hat in Zusammenarbeit mit allen Düsseldorfer Friedensverbänden am 5. und 6. August an die Düsseldorfer Bevölkerung mahnend appelliert. In einer Gedenkfeier am 5. August richteten der Schriftsteller Stefan Andres und Rechtsanwalt Heinrich Hannover (Bremen) eindringliche Worte an die rund 250 Zuhörer. — In Düsseldorf-Gerresheim sprachen auf einer Kundgebung vor mehr als 600 Teilnehmern der Vorsitzende des DGB-Ortsausschusses Helmuth Lenders (Bundestagskandidat der SPD), Pfarrer L. M. Karwehl und Dr. med. Karl Hagedorn.

Bereits in den frühen Morgenstunden des 6. August errichteten die beteiligten Organisationen an 8 Brennpunkten des Verkehrs Atommahnwachen. Tausend und abertausend Düsseldorfer wurden durch die Mahnwachen angezogen, 20 000 Flugblätter waren schon nach wenigen Stunden vergriffen.

In unzähligen Diskussionen vor den Mahnwachen verspürte man trotz vieler politischer Differenzierungen eine Übereinstimmung bei allen Beteiligten: Soweit darf es nicht kommen, die Atombombe ist keine Lösung der Probleme, sie wäre unser aller Untergang, darum muß sie weg!

Die Gedenkkundgebungen wie auch die Mahnwachen haben vielen Menschen bewußt werden lassen, daß es auf jeden Einzelnen ankommt und daß der Kampf gegen die atomare Bedrohung ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes sein muß.

### IdK

#### Befragung in Neumünster

In der Zeit vom 27. 7. bis 29. 7. führte die IdK-Gruppe Neumünster in der Hans-Böckler-Siedlung Neumünster eine Teilvervolksbefragung durch mit der Frage: „Sind Sie für die atomare Aufrüstung?“ Die Auszählung der Stimmen des Wohngebietes, das 460 Wohnun-

gen mit etwa 1600 Einwohnern umfaßt, ergab folgendes Ergebnis:

Gegen die atomare Aufrüstung	63 %
Für die atomare Aufrüstung	9 %
Stimmenenthaltungen	28 %

Betrachtet man das Abstimmungsergebnis, ohne die Enthaltungen zu berücksichtigen, so erhält man folgendes Ergebnis:

Gegen die atomare Aufrüstung	86,8 %
Für die atomare Aufrüstung	13,2 %

Wieder wurde überzeugend bewiesen, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nichts von einer Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und von einer Lagerung atomarer Waffen auf deutschem Boden nichts wissen will.

## Europa - Marsch

### Unter einem schlechten Stern

Der Marsch San Franzisko—Moskau, dessen Teilnehmer auf ihrem Weg durch die Bundesrepublik in mehreren Städten, vor allem aber in Bonn, von der Polizei Schwierigkeiten gemacht wurden, haben am 7. August die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR überschritten. In Marienborn (DDR) wurden sie feierlich empfangen und von Vertretern verschiedener Verbände willkommen geheißen. Sie setzten planmäßig am nächsten Tag ihren Marsch über Magdeburg, Brandenburg und Potsdam nach Berlin fort. Unglücklicherweise kamen sie mitten in die am 13. August einsetzenden Sperrmaßnahmen hinein, denn sie hatten geplant, am 13. August von Potsdam nach West-Berlin und am 14. von West- nach Ost-Berlin zu marschieren.

Aus dem Wust widersprechender Meldungen, die uns erreichten, geht lediglich hervor, daß die Gruppe beschloß, ihren Weg mit der Eisenbahn fortzusetzen, um Ende August in Warschau einzutreffen.

## Ständiger Kongreß

### Aufruf zur Aktion

Der „Ständige Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ hat sich mit einem Schreiben an alle Mitglieder und Funktionäre des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ gewandt und sie auf die Ausführungen der noch lebenden Unterzeichner der „Göttinger Erklärung“ vom Jahre 1957 hingewiesen. Bekanntlich haben die Wissenschaftler festgestellt, daß im Jahre 1961 unsere Situation durch die Atomrüstung noch gefährlicher als im Jahre 1957 geworden ist (siehe vorhergehende Ausgabe dieses Blattes).

Der „Ständige Kongreß“ ruft darum alle Mitglieder des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ auf, ihrer Organisation, die seinerzeit als Auswirkung der von der „Göttinger Erklärung“ ausgehenden Impulse auf die öffentliche Meinung entstand, neues Leben zu vermitteln, damit der so notwendige Kampf gegen den Atomtod mit verstärkten Kräften geführt werden kann.

Prof. Dr. Linus Pauling

## Keine Weitergabe von Kernwaffen!

Nobelpreisträger Prof. Dr. Linus Pauling und seine Frau Ava Helen (Pasadena, California/USA, 3500 Fairpoint Street) haben kürzlich die Initiative zu folgendem Aufruf an die UNO und alle Nationen der Welt ergriffen:

**„Wir, die unterzeichneten Männer und Frauen, glauben, daß es nicht gestattet werden darf, die Anhäufung von Kernwaffen auf weitere Länder oder Ländergruppen auszudehnen.**

**Die Welt schwebt in großer Gefahr. Ein schrecklicher Atomkrieg kann allein schon durch einen unglücklichen Zufall oder durch eine plötzliche Verschlechterung der internationalen Beziehungen ausbrechen, so daß selbst die weisesten Staatsmänner nicht mehr in der Lage wären, die Katastrophe aufzuhalten.**

**Das schwierige Problem, die allgemeine Abrüstung zu erreichen, würde noch mehr erschwert werden, wenn weitere Länder oder Ländergruppen in den Besitz von Kernwaffen gelangten. Wir halten es daher für dringend erforderlich, daß die atomwaffenbesitzenden Länder keine Kernwaffen an andere Länder oder Ländergruppen, wie den Nordatlantik-Pakt oder den Warschauer Pakt weitergeben. Die Länder, die noch keine Kernwaffen besitzen, sollten freiwillig darauf verzichten, sie zu erhalten oder zu entwickeln. Die Vereinten Nationen und alle Staaten sollten ihre Bemühungen, eine umfassende und totale Abrüstung mit einem System internationaler Kontrollen und Inspektionen zu erreichen, verstärken, damit die größtmögliche Sicherheit für alle Nationen und alle Menschen geschaffen wird.“**

Dieser Aufruf wurde bisher von 39 Nobelpreisträgern und 700 weiteren Persönlichkeiten aus 40 Ländern in Ost und West unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern aus der Bundesrepublik gehören die Nobelpreisträger Max Born, A. Butenandt, Otto Hahn, Gustav Hertz sowie Kirchenpräsident Niemöller, Prof. Otto Dix und Prof. Dr. Renate Riembeck.

Prof. Pauling bittet alle, ihn zu unterzeichnen, damit die Unterschriften gemeldet an die Vereinten Nationen weitergegeben werden können. Zur Unterzeichnung benutzen Sie bitte untenstehenden Vordruck, und senden Sie ihn an Herrn Alois Stoff, Essen-Werden, Effmannstraße 4, der Ihre Unterschrift an Prof. Pauling weiterleiten wird.

**Ich unterzeichne hiermit den Appell von Prof. Pauling an die UNO und alle Nationen der Welt „Keine Weitergabe von Kernwaffen!“**

Name: .....  
Anschrift: .....  
Beruf und Titel: .....

(Unterschrift)

Prof. Pauling wird am 14. September um 19 Uhr im Großen Saal des Städtischen Saalbaues in Essen einen Vortrag in deutscher Sprache über das Thema „Appell an die Vernunft“ halten.

## Die Atombombe über der Kirchentür

Christlicher Glaube und Atombombe sind unvereinbar. „Die Atombombe ist Sünde“ — das rief Kirchenpräsident Niemöller in seiner Predigt am 28. September 1958 in der Frankfurter Katharinenkirche den Gläubigen zu. Die erste Weltkirchenversammlung nach dem Krieg, die 1946 in Amsterdam stattfand, erklärte den Krieg kurzweg als Sünde. Damals widersprach nicht eine einzige Stimme. Aber nur allzu schnell war es vergessen.

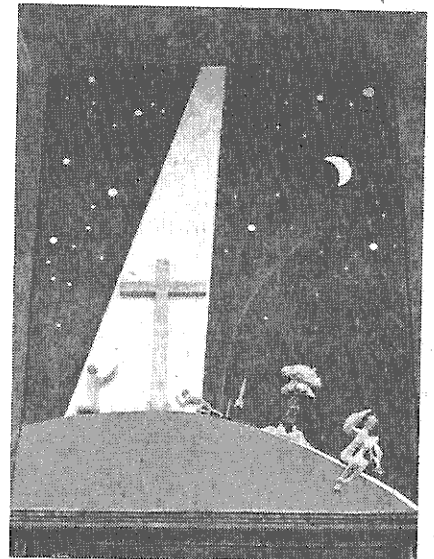
Wie sehr mit der Atombombe Gottes Ebenbild verraten war, haben die jüngsten wissenschaftlichen Feststellungen und Zahlen aus Hiroshima und Nagasaki nur allzu deutlich gemacht. Die volle Auswirkung der Radioaktivität, die durch die Bombe ausgelöst wird, wird sich erst in 20 bis 30 Generationen zeigen und in ihrer ganzen erschreckenden Grausamkeit auftreten. Die Bomben, die in einem kommenden Atomkrieg verwendet werden, sind hundert- und tausendmal größer als die Hiroshima-Bombe und in dem gleichen Umfang ver Hundert- und vertausendfach sich auch das Unheil, das sie für die davon Betroffenen und viele Generationen danach bringen.

Das ist Sünde und Verbrechen und kein Christ wird „Ja“ dazu sagen können. „Es wäre“, um ein Wort des verstorbenen Friedenspreisträgers Reinhold Schneider zu zitieren, „unsere Aufgabe, dem Unglauben der Macht den Glauben der Machtlosigkeit entgegenzusetzen.“

Von diesen Gedanken ging Pfarrer Christian von der evangelisch-lutherischen Erlöser-Gemeinde in Frankfurt-Oberrad aus, als er den christlichen Glauben im Atomzeitalter als Thema einer 54 Quadratmeter umfassenden Reliefplastik an der Portalwand der neuen Erlöserkirche wählte. Die nicht leichte künstlerische Aufgabe übernahm der Bildhauer Dr. Knud Knudsen, dessen monumentale plastische Schöpfungen expressiver durchgeistigter Thematik in den letzten Jahren weit über seine hessische Wahlheimat hinaus bekannt wurden.

Der Mensch zwischen Tod und Verheißung, zwischen Erlösung und Untergang. Knudsen zeigt in seiner Reliefplastik aus kosmischer Sicht, also gewissermaßen von einem Satelliten aus, einen Ausschnitt der Erdkugel, die in bläulicher Dämmerung liegt. Ein schmaler heller Streifen auf der rechten Hälfte der Kugel läßt uns ahnen, daß die Erde genau so strahlt wie die anderen hellen Sterne in dem weit über die Erde sich erhebenden kosmischen Raum.

Auf dem Segmentausschnitt der Erde ist das Symbol des Christentums, das Kreuz errichtet. Ein blendend heller Lichtstrahl, der immer breiter ausgreifend aus dem fernsten All das Kreuz auf der Erddämmerung erleuchtet, will den Glauben und die Gnade deutlich machen. Zahllose kleine und kleinste Raumkörper, helle Nebel und Milchstraßen-Systeme, besonders deutlich der erdnahe Mond füllen den weiteren Raum über der Erde, aus dessen unergründlichen Tiefen und Weiten der Lichtstrahl kommt. Zwei vom Erdenrund, außerhalb des Lichtstrahls gerade



Relief an der Portalwand der Erlöserkirche in Frankfurt-Oberrad

aufsteigende Raketen verdeutlichen den Stand der Technik, die kleine Kapseln in den Weltraum zu schießen vermag. Metallische Linien auf der rechten Höhe des Reliefs sollen die weltumjagenden Raumschiffe und Satelliten dieser Jahre versinnbildlichen.

Von den Raketenbasen kriecht mühsam ein Mensch aus der Welt der Technik in den Glauben, in das Licht der Gnade, zum Kreuz. Im Rücken dieses sich in den Glauben rettenden Menschen aber steigt unheilvoll die Doppelwolke der Atombombe in den Himmel. Unter dem Atompilz bricht die Erde auf, und darüber stehen, in Stein gehauen, die japanischen Zeichen der Stadt Hiroshima. Dies und der daneben sitzende, von dem Atompilz abgewandte, atomar verseuchte, qualvoll zugrunde gehende mißgebildete Mensch sollen jeden mahnen, der durch das unter dem Relief befindliche Portal die Kirche betritt. Dieses atomverseuchte Geschöpf hat nichts mehr mit dem Ebenbild Gottes zu tun. Es ist Hybris, Apokalypse, Inkarnation der Untergangs.

Die Atombombe an der Kirchenwand — Warnung und Mahnung zugleich! Lasset ab und eilet in das Licht des Glaubens, der Gnade und des Friedens!

Adolph Meuer

\*

Claude Eatherly, ehemaliger amerikanischer Luftwaffenmajor, der am ersten Atombombenabwurf auf Hiroshima beteiligt war und wegen angeblichen Irrsinn in einer amerikanischen Heilanstalt auf Lebenszeit zwangsweise eingewiesen wurde, ist Mitte August aus dieser Anstalt entflohen.

\*

Genau nach 16 Jahren starb in Hiroshima ein 67jähriger Einwohner der Stadt an den Folgen der ersten Atombombenexplosion.

\*

Ein Landungsverbot für amerikanische Atom-U-Boote hat das japanische Verteidigungsamt erlassen.

## Großkundgebung der deutschen Industrie

Die alljährliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) fand diesmal in Nürnberg statt: just an jenem Ort, wo vor anderthalb Jahrzehnten die deutschen Wirtschaftsführer — manch einer heute wieder unter ihnen — vor einem Hohen Gericht Zeugnis abzulegen hatten über ihre aktive Mitarbeit an Hitlers Rüstungsanstrengungen. Allesamt hatten sie damals dem Rüstungsgeschäft abgeschworen. Ihre heutige Meinung dazu hätte die Industrie nicht stärker symbolisieren können als dadurch, daß sie diesmal neben Wirtschaftsminister Erhard den Bundesverteidigungsminister Strauß als Gastredner engagierte.

Minister Strauß revanchierte sich dann auch durch die Ankündigung, die Verteidigungsausgaben würden von 4 auf 5 Prozent des Sozialprodukts erhöht werden. Zwar solle es keine autarke westdeutsche Rüstungsindustrie mehr geben; aber in einem arbeitsteiligen westeuropäischen Rüstungsblock springt ja an Aufträgen das gleiche heraus. Schon in seinem wenige Tage vorher veröffentlichten Jahresbericht hatte der Industrieverband ganz unverholten größere Rüstungsanstrengungen befürwortet und in diesem Zusammenhang auch höhere Investitionen für nötig gehalten. Nun weiß man ja, daß Investitionen nach den Denkgewohnheiten der Industrie nur aus entsprechenden Gewinnen zu finanzieren sind. Nach all dem ist eigentlich kaum zweifelhaft, welches Leitmotiv dem ganzen Arrangement dieses Industrieverbands-tages zugrunde lag.

(Aus „Der Gewerkschafter“, Monatschrift für die Funktionäre der IG Metall, Nr. 7 — Juli 1961)

## Nie wieder Atombomben!

Ernst von Salomon, Mitglied des Büros des Präsidiums des Ständigen Kongresses, hielt auf der Abschlußsitzung der 7. Weltkonferenz folgende Ansprache:

Meine lieben japanischen Freunde, der gigantische Blitz, der über Hiroshima aufleuchtete, beendete einen schrecklichen Krieg, einen Krieg, der schon von Anfang an für das japanische und das deutsche Volk ein hoffnungsloses Unternehmen war.

Gleichzeitig versetzte jener Blitz von Hiroshima jedoch allen Deutschen einen unbeschreiblichen Schock. Wir Deutschen empfanden zwangsläufig das Leiden von euch Japanern als unseren eigenen Schmerz. Niemals werden wir Deutschen die Tatsache vergessen, daß der Abschluß des Bündnisses mit Deutschland über das japanische Volk ein solch furchtbares Geschick brachte. Liebe japanische Freunde, im Namen unserer vielen deutschen Freunde, die sich mit Ihnen verbunden fühlen, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen versichere: Niemals werden wir Deutschen den Kampf gegen den Atomtod aufgeben, der nicht nur Soldaten, nicht nur unschuldige Frauen und Kinder, sondern unser aller Zukunft, ja die Existenz der Menschheit selbst bedroht.

Das japanische und das deutsche Volk kämpften einst verzweifelt in einem

sinnlosen Krieg. Nun aber müssen wir gemeinsam all unsere Anstrengungen auf den Weltfrieden richten.  
Nie wieder Krieg!  
Nie wieder Atombomben!



Start des Japanischen Friedensmarches zum Gedenken des 6. August 1945

## Ein Bischof predigt die Gewalt

In einer Fernseh-Diskussion wurde an Bischof D. Hans Lilje die Frage gerichtet, ob der Christ in der DDR ein aktives Widerstandsrecht gegen das in der DDR etablierte Regime besitze. Der Bischof, der noch wenige Minuten zuvor „als das Furchtbarste“ bezeichnet hatte, daß „der Haß eine reale politische Macht ist“, antwortete nun:

„Ich möchte meine Brüder drüben nicht gefährden, indem ich einfach sage: Ja. Aber denken tue ich es wohl ... Im übrigen würde ich praktisch im Augenblick niemanden den Rat geben, voreilig zu einer Flinte zu greifen.“

So weit sind wir also schon gekommen, daß einer unserer höchsten geistlichen Würdenträger in der Bundesrepublik die Gewaltanwendung predigen kann. Denn nichts anderes tat doch der Bischof, wenn er auch seinen Aufruf zum Gebrauch der Gewalt mit einigen einschränkenden Floskeln umgab.

Von dieser Äußerung Liljes ist es nur ein verhältnismäßig kleiner Schritt zur Verkündung des heiligen Krieges gegen den teuflischen Kommunismus und zur Segnung der Atomwaffen. (Siehe auch (auf Seite 12 dieser Ausgabe: „Das NATO-Gebet“.)

Zu unseren Bildern:

Seite 8 und 9

7 Photos von T. Tripp, Düsseldorf

1 HO-Bild, Hamburg

1 heinzik-foto, Bottrop

Seite 10

1 Photo von Tripp, Düsseldorf

## Wichtiges IN KÜRZE

**Ganz Afrika** soll zu einer atomwaffenfreien Zone werden, heißt es in einem Kommuniqué, das in Budapest aus Anlaß des Staatsbesuches von Präsident Nkrumah von Ghana veröffentlicht wurde.

**Gegen eine Wiederaufnahme der amerikanischen Atomversuche** hat sich die USA-Regierung nach einem Bericht der „New York Herald Tribune“ entschieden.

**Eine Konferenz** über Kernverschmelzung veranstaltet die Internationale Atomenergie-Behörde vom 4. bis 9. September in Salzburg.

**Einen neuartigen Forschungsreaktor** will der Bundes-Atomminister noch in diesem Jahr bei Karlsruhe aufbauen lassen.

**Durch Polizeimaßnahmen** wurde eine Hiroshima-Feier im Londoner Hyde Park, auf der Bertrand Russell sprach, behindert. Der greise Philosoph begab sich gefolgt von seinen Zuhörern auf den Trafalgar Square, wo er seine Rede fortsetzte, und davor warnte, die Menschheit „dem blinden Hochmut verrückter Machthaber“ auszuliefern.

**Eine Attacke gegen die Kriegsdienstverweigerer** ritt ein Sprecher der Bundeswehr, der behauptete, die Kriegsdienstgegner versuchten ihre „Gewissens-Skrupel für beleidigende Propaganda mit eindeutiger politischer Tendenz“ zu mißbrauchen.

**Sage auch Du ja zu Verhandlungen!** Sage nein zum Krieg! heißt es in einem Brief, den Ludwig Renn an Erich Marie Remarque richtete. Renn und Remarque sind durch ihre Anti-Kriegsbücher nach dem ersten Weltkrieg zu großem literarischem Ruhm gelangt.

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 492226

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Henischel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg  
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.